

aspekte

FÖJ: bewegung für sozialismus

mai nr 46



INHALT

Indochinakampagne.....	3
Vor dem Sieg! Vor dem Verrat?.....	4
Nixon in China: keine Fee im Mond.....	6
Schach dem Gehirntod.....	9
Berufstätigkeit der Frau im bezug auf die Gleichberechtigung.....	10
Boykottiert die US-Aggressoren in der ganzen Welt!.....	12
Organisationsfragen.....	13
Wahlen in Italien.....	16
Zur Lohnfrage.....	21
Impressum.....	26

INDOCHINAKAMPAGNE 1972

Ausgehend vom "Weltkongreß für Frieden und Unabhängigkeit der indochinesischen Völker", der vom 11. bis 13. Februar 1972 in Paris abgehalten wurde und an dem auch zwei Vertreter der FÖJ - Bewegung für Sozialismus teilgenommen haben (siehe "aspekte" Nr. 45), hat sich in Wien ein Initiativkomitee für eine Indochinakampagne 1972 in Wien gebildet. Im Initiativkomitee waren bald alle fortschrittlichen Gruppen und Organisationen vertreten, und es wurden die Vorbereitungen für eine Demonstration eingeleitet. An einem gemeinsam durchgeführten Teach-in im Neuen Institutsgebäude der Wiener Universität nahmen an die 500 Personen teil, an der Demonstration am 5. Mai 1972 selbst weit über 2.000.

Die Indochinakampagne 1972 war von den im Initiativkomitee vertretenen Organisationen von vornherein auf einen längeren Zeitraum angelegt, als es bei früheren Kampagnen möglich war. Die Tätigkeit des Initiativkomitees hat durch die inzwischen eingetretenen Veränderungen der Situation in Indochina eine unerwartete Aktualisierung erfahren: die siegreiche Offensive der indochinesischen Befreiungstreitkräfte und die wahnwitzige Reaktion Nixons in Form der verhängten Seeblockade nordvietnamesischer Gewässer.

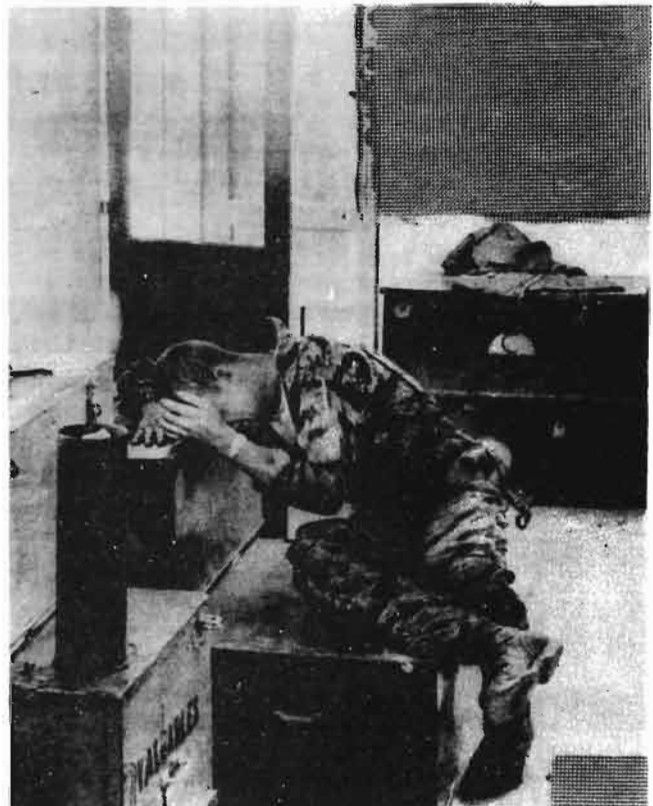
Für Österreich ergab sich eine besondere Aktualität durch die angekündigte Zwischenlandung Nixons in Salzburg auf seiner Reise nach Moskau. Nach der Demonstration galt es nun, die Vorbereitungen für einen heißen Empfang in Salzburg zu organisieren.

Innerhalb des Initiativkomitees kam es anlässlich der Demonstration vom 5. Mai zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Politik der KPÖ und ihres Organs der "Volksstimme". Während der ganzen Vorbereitung hat sich eine in dieser Form noch nie so offen betriebene Taktik bemerkbar gemacht, das Prestige der KPÖ und ihrer Jugendorganisation, der KJÖ, in den Vordergrund zu rücken. Die Verurteilung dieser Politik seitens der Mehrheit des Initiativkomitees führte zum Austritt der KJÖ und später der GKS (Gruppe Kommunistischer Studenten). Alle anderen Organisationen setzten ihre Arbeit intensiv fort: es wurde ein Salzburger Aktionskomitee gegründet, Plakate und Flugblätter für Wien und die übrigen Bundesländer hergestellt und verteilt.

Nach der Gründung des sozialdemokratischen Indochinakomitees, dem neben SPÖ-Intellektuellen auch Parteifunktionäre und Nationalräte angehören, laufen die Vorbereitungen für Salzburg auf drei getrennten organisatori-

schen Ebenen, wobei eine lose Koordinierung zwischen den drei Gruppierungen sich von selbst ergeben dürfte. Während aber die KPÖ sich auf eine Kundgebung am Samstag Nachmittag, vor der Ankunft Nixons orientiert, das sozialdemokratische Indochinakomitee parallel dazu einen eigenen Marsch plant, wird es die Aufgabe der im Initiativkomitee vertretenen Organisationen sein, Aktionen zu organisieren und durchzuführen, die mit der Ankunft Nixons am späten Abend zusammenfallen und am nächsten Tag anlässlich des Festessens, das Kreisky zu Ehren Nixons und seines Außenministers Roger gibt, fortgesetzt werden.

Da nicht nur Touristen und Nixon-Schaulustige Salzburg zu Pfingsten bevölkern werden, sondern auch starke internationale Beteiligung an den Protestaktionen erwartet wird, könnte die Salzburg-Idylle Nixons durchaus "vietnamisiert" werden.



... am Ende ...

Vor dem Sieg! Vor dem Verrat?

"Der lang andauernde Widerstandskampf ist eng verbunden mit der Vorbereitung der Gegenoffensive. Da der Widerstandskrieg lange dauern wird, brauchen notwendigerweise auch die Vorbereitungen ihre Zeit. (...) Ob die Gegenoffensive früher oder später kommen wird, hängt von den Veränderungen ab, die im Kräfte-reservoir der Gegner und unserem eigenen eintreten werden, von den Veränderungen in unserem Land und der Welt."

"Hanoi, Haiphong, andere Städte und Einrichtungen mögen zerstört werden, aber das vietnamesische Volk bleibt unerschrocken! Nichts ist so kostbar als Unabhängigkeit und Freiheit! Wenn der Tag des Sieges da ist, wird unser Volk unser Land wiederaufbauen, größer und schöner denn je!"
Ho Tschì Minh

Die Veränderungen im internationalen Bereich, von denen Ho Tschì Minh sprach, angewendet auf die heutige Situation, auf die Situation der "gegenwärtigen" Gegner, der US-Imperialisten: die Präsidentschaftswahlen im Herbst heurigen Jahres in den USA und die taktischen Forderungen, die sich daraus für den nach Wiederwahl hungernden Nixon ergeben - unter diesem zentralen Gesichtspunkt ist der andauernde Rückzug der US-Bodentruppen aus Südvietnam zu sehen, verknüpft mit dem trügerischen, aber auch selbsttrügerischen Programm der sogenannten "Vietnamisierung", die im wesentlichen auf die technische und technologische Überlegenheit der amerikanischen Waffen aufbaut. Der von innen und außen, von den Schlägen der Befreiungstreitkräfte und den Protesten in Amerika, aber auch vom permanenten Zerfall der Kampfmoral in der US-Army selbst erzwungene Rückzug der unbrauchbar gewordenen US-Bodentruppen hätte Nixon die Möglichkeit geben sollen, im kommenden Wahlkampf das brisante Thema Indochina zu entschärfen, wenn nicht überhaupt vorläufig in der politischen Versenkung verschwinden zu lassen, wenn...

Wenn der militärische Status quo von beiden Seiten, von den Saigoner Marionetten und von den Befreiungstreitkräften, unangetastet geblieben wäre. Nixon dürfte seine diesbezüglichen, von einem geradezu "naiven", jedenfalls ursprünglichen Zynismus zeugenden Vorstellungen anlässlich seines Besuches in Peking erörtert haben, und

es besteht heute kein Zweifel darüber, daß er damit bei den chinesischen Genossen abgeblitzt ist. Nun baut er, von seinem Hausmachiavelli Kissinger beraten, sicherlich auf den heilsamen Einfluß der Kremlobükratie, die schon einmal, 1954 in Genf, das Ärgste zu verhüten half, nämlich den de-jure-Vollzug der de-facto-Herrschaft der Viet-Minh in ganz Vietnam unter Ho Tschì Minh.

Aber die vietnamesischen Genossen, Ho und Giap, haben auch daraus ihre Lehren gezogen. Giap dürfte die "inneren Veränderungen", die ja in diesem Sinn nicht nur den indochinesischen Raum betreffen, sondern ebenso die Situation der Verbündeten untereinander und zu den Gegnern, seit langem ins Kalkül gezogen haben. Die jüngste Offensive, die mit einer noch nie dagewesenen Wucht und Breite über die selbstherrlichen US-Berater und die degenerierten Saigoner Militärs hereinbrach, muß, sowohl was den Nachschub, als auch die Planung der Etappen, Fronten und Zielrichtungen betrifft, von langer Hand minutiös geplant worden sein. Sie trägt alle charakteristischen Merkmale der letzten Phase des bewaffneten Volkskrieges: die Kombination von Guerillataktik und konventioneller Kriegsführung, wobei die erste zugunsten der zweiten mit der erfolgreichen Entfaltung der Offensive in den Hintergrund tritt. Im gegenwärtigen Stadium ist der Fall Saigons eine taktische Frage, sie betrifft also in erster Linie die Wahl des günstigsten politischen Augenblicks.

Die Reaktion der Nixon-Administration ist ebenso unwirksam bezüglich der eigentlichen Zielrichtung, der Schwächung und Erwürgung der Offensive, wie sie halsbrecherisch und in einem seit der Kuba-Krise nicht aufgetretenen Maß abenteuerlich ist, was die möglichen Konsequenzen betrifft, einschließlich einer direkten Konfrontation zwischen der VR China und den USA bzw. der SU und den USA - dem Auftakt zum 3. Weltkrieg.

Stimmt es, daß, nach Darstellung der Nixon-Administration und nach eigenen Angaben, der größte Teil der Unterstützung für Vietnam von der SU und zwar auf dem Seewege, kommt, richtet sich die offene Herausforderung in dieser Eskalationsphase auch gegen sie, ihre Schiffe und Besatzungen. Dies zu einem Zeitpunkt, da die SAL-Gespräche in ein wichtiges Stadium getreten sind, was wiederum mit der von beiden Seiten mit größtem Prestigeinsatz vorbereiteten und erwarteten Nixon-Reise nach Moskau zusammenhängt.

Nach den ersten zögernden Reaktionen, nach der ungestörten Fortsetzung der SAL-Gespräche, der Verhandlungen über die Rückzahlungen der Schulden der SU aus dem 2. Weltkrieg und über ein Schifffahrtsabkommen(!), läßt sich bereits voraussagen, daß die SU mit eiserner Konsequenz ihre bisherige Politik fortsetzen wird, als deren Gefangene sie im Augenblick selbst die Demütigung einer weltweit als Niederlage empfundenen Hinnahme der Seeblockade um Nordvietnam auf sich zu nehmen bereit ist. Dies ist jene mit dem negativen Schlagwort "Großmacht-politik" oder dem positiven "Erhaltung des Weltfriedens" gekennzeichnete defensive Haltung der SU gegenüber allen Angriffen des Imperialismus, wenn Objekte betroffen werden, deren Zugehörigkeit zu dieser oder jener Einfluß-sphäre entweder nicht verbindlich zwischen den Großmächten des 2. Weltkriegs, letztlich der SU und der USA, aus-

gehandelt und festgelegt wurden oder die zur Zeit der Verhandlungen kurz vor Beendigung des 2. Weltkrieges zu "westlichen Interessen- und Einflußsphären" gerechnet wurden.

Vielleicht werden jetzt manche Genossen die exemplarische Bedeutung der Intervention in der CSSR 1968 unter diesem Gesichtspunkt begreifen, im Licht der "maßvollen und bedachten" Reaktion der SU auf die bisher schärfste und gefährlichste Bedrohung der Lebensrechte eines mit ihr verbündeten sozialistischen Staates.

Es wäre freilich zu einfach gemacht, wenn wir die Widersprüche in der Politik der SU nicht unter Einbeziehung aller Komponenten ihrer historischen Gesamtentwicklung, sowie insbesondere im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen zwischen ihrer und der Politik der VR China betrachten wollten.*) Hier genügt es festzuhalten, daß die Sache Vietnams unter diesen Widersprüchen sowohl gelitten hat, als auch gemäß einer bestimmten Logik von diesen Widersprüchen "profitiert" hat. Die vietnamesischen Genossen haben von allen Ländern der "sozialistischen Staatengemeinschaft" (längst eine Fiktion) Hilfe erhalten, ohne daß sie sich in die politische Abhängigkeit und die daraus resultierenden Verbindlichkeiten der einen oder anderen "Linie" begeben hätten.

Die eigentliche "Erklärung" aber für das Ausmaß und die Intensität der US-Agression und ihrer jüngsten Aufschaukelung gegenüber Nordvietnam ist u. a. darin zu sehen, daß anlässlich der angekündigten Bombardierung nordvietnamesischen Territoriums durch die Johnson-Administration als Antwort darauf keine gemeinsame, unmißverständliche und ultimative Warnung des "sozialistischen Lagers" an die US-Regierung ergangen ist, bei Verwirklichung ihrer Drohungen mit allen Konsequenzen zu rechnen. Wer sich da auf die Verantwortung der SU "für den Weltfrieden" (eine propagandistische Abstraktion) beruft und die Unberechenbarkeit des Imperialismus heraufbeschwört, sei an das Korea-Abenteuer der USA erinnert, als freiwillige Einheiten der VR China die US-Truppen quer durch ganz Korea vor sich hergetrieben haben - wobei damals die USA bereits über ein ausgebautes Atompotential verfügt haben!

Alle diese Überlegungen bleiben aber fragmentarisch, solange die eine und einzig wichtige Frage nicht beantwortet ist: wird die über Nordvietnam verfügte Seeblockade in ihren politischen Auswirkungen zum Abbruch oder auch nur zur Beeinträchtigung der Offensive der indochinesischen Befreiungstreitkräfte führen? Wird ein Nixon, der nun reichlich Blut geleckt hat, falls die Offensive ungeachtet der Seeblockade weitergehen sollte, nicht ebenfalls den nächsten und den übernächsten Schritt unternehmen: totale Zerstörung von Hanoi und Haiphong etc. ? Wer A gesagt hat, wird leicht auch B sagen, wer zu A ja gesagt hat, wird auch zu B leicht amen sagen.

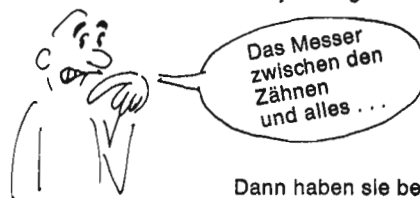
Die Antwort auf diese Frage wird auch die Auskunft über das Ja oder Nein eines Verrates der indochinesischen Revolution geben.

Z. P.

*) Zu diesem Thema wird noch gesondert Stellung genommen werden.

BEKENNTNIS EINES GENOSSEN

Am Anfang machten mir die Sowjets Angst.



Dann haben sie begriffen, daß es nicht genügt, **nur** Angst zu machen. Sie haben begriffen, daß sie zeigen müssen, daß sie gar nicht so viel anders sind als die „Bourgeois“.



Das ging sehr gut. Sie haben gemerkt, daß sie nicht nur gar nicht so anders sind als die „Bourgeois“ sondern daß sie genau solche Arschlöcher sein könnten wie die.



Trotzdem gibt es für richtige Revolutionäre wie für mich keine Probleme!



Zwischen zwei Arschlöchern bin ich immer noch für dasjenige, das kommunistisch ist.

Nixon in China: keine Fee im Mond

Peggy Duff, Generalsekretärin von ICDP (Internationale Konföderation für Abrüstung und Frieden), hat wiederholt auf Einladung Hanois Nordvietnam besucht und in verschiedenen Publikationen über ihre Eindrücke berichtet. Folgender Text ist eine Zusammensetzung von Auszügen aus "Vietnam International", einem Informationsbulletin von ICDP, Ausgabe Februar/März 1972.

Die Redaktion

Heute ist Präsident Nixons Chinabesuch in Hanoi ebenso unpopulär wie Chruschtschows Politik der Koexistenz mit Amerika Anfang der sechziger Jahre, als die USA ihre Hilfe für Diem eskalierten. Vor zwei Jahren konnte man in den Buchhandlungen und Verkaufsständen von Hanoi Bilder der sechs großen Kommunisten kaufen: Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao und Ho. Heute sind es nur noch fünf, Mao ist nicht mehr darunter.

Hoang Tung von der bedeutendsten Tageszeitung Hanois, "Nhan Dan", und Mitglied des Zentralkomitees der Partei Lao Dong, sprach sehr offen über den Nixonbesuch. "Nixon wird vielleicht in Peking mit 21 Salutschüssen begrüßt", sagte er, "aber wir Indochinesen begrüßen ihn Tag um Tag mit noch mehr Gewehren."

Früher einmal suchten die Dichter nach einer Fee im Mond, aber dort gibt es keine Feen. Die Menschen sind auf den Mond gelangt, aber dort fanden sie keine Feen. Nixon wird in China nicht das Ergebnis finden, das er in vier Jahren Krieg nicht erreichen konnte."

NIXONS ACHT PUNKTE

Ich diskutierte mit Hoang Tung über die "Geheimgespräche" und die von Nixons Sonderberater Kissinger aufgezogenen acht Punkte. Hanoi gibt deutlich seine Empörung bekannt, daß Nixon nun schon zum zweiten Mal das Bestehen geheimer Verhandlungen einseitig in die Öffentlichkeit gerückt hat.

Die Nordvietnamesen sind der Meinung, die acht Punkte seien eher für den Gebrauch gegenüber dem US-Publikum bestimmt als ein Versuch, echte Verhandlungen einzuleiten. Wie Hoang Tung sagte, sei bei den vertraulichen Gesprächen kein anderes Thema behandelt worden als bei den öffentlichen Treffen in der Avenue Kléber*.

Das ist im wesentlichen richtig, denn in Nixons Angebot eines totalen Truppenabzugs gibt es keinen Hinweis, ob darunter auch die Luftwaffe, Artillerie und die Bomber und Geschütze der VII. US-Flotte gemeint sind.

Weiter würde das Angebot, die Provisorische Revolutionsregierung in eine

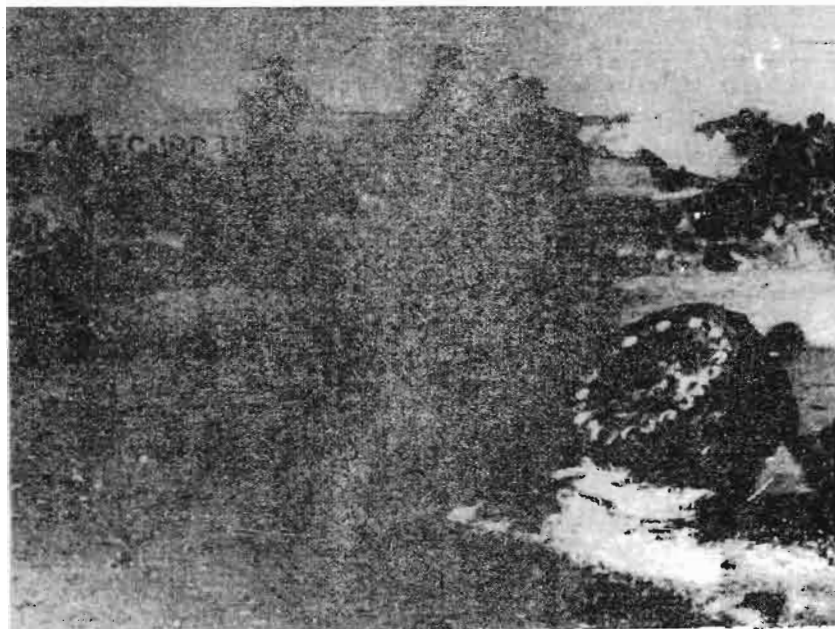
*) Avenue Kléber: Verhandlungsort der Vietnam-Gespräche in Paris.

Vertretungskörperschaft zur Vorbereitung von Wahlen aufzunehmen sowie der Rücktritt Thieus einen Monat vor diesen Wahlen auch weiterhin Thieus Verwaltungsapparat, seiner Polizei und Armee die Möglichkeit belassen, das Land zu kontrollieren, was jeder Möglichkeit echter freier Wahlen entgegenwirken würde.

Keiner der acht Punkte bezog sich auf die Fortsetzung oder Vietnamisierung, und Hoang Tung erklärte, sie seien mit der offenen Drohung präsentiert worden, die Bombenflüge neuerlich zu eskalieren.

SIE SIND BEREIT

In Hanoi gibt man zu, daß eine solche Eskalation möglich ist. Denn die Bombenangriffe auf Nordvietnam werden seit langem eskaliert, und in Hanoi weiß man sehr gut, daß eine weitere Steigerung wahrscheinlich ist. Professor Gabriel Kolko schrieb in einem Bericht an die Pariser Weltkonferenz für Frieden und Unabhängigkeit der Völker Indochinas (11.-13. Februar 1972): "Die Budgetpläne des Pentagons, der verlässlichste Indikator seiner wahren Politik, enthüllen noch weitere Hinweise auf Nixons Strategie. Soweit sich das Budget der US-Luftwaffe - neben der eigenen Kampfbarkeit - auf die Operationen, den Nachschub und Unterhalt der südostasiatischen Marionetten bezieht, weist es Flugstunden und Geldbeträge aus. Diese Unterstützung ist unbedingt erforderlich, damit die Südostasiaten überhaupt imstande sind, für Washington zu



kämpfen. Im Geschäftsjahr 1970 wurden 498.000 Stunden geflogen, um diese Phase des Luftkrieges in Gang zu halten. Im folgenden Jahr stieg diese Zahl, und 1972 werden es 1.032.000 Flugstunden sein⁴.

Weit umfangreicher sind die Aufträge der US-Luftwaffe, die Maschinen B-52 der VII. US-Luftflotte und des Strategischen Luftkommandos mindestens bis Dezember 1972 und darüber hinaus einzusetzen. Solche Pläne gibt es, und sie werden dem Kongreß vorgelegt. Sie beweisen unwiderleglich Nixons Absichten².

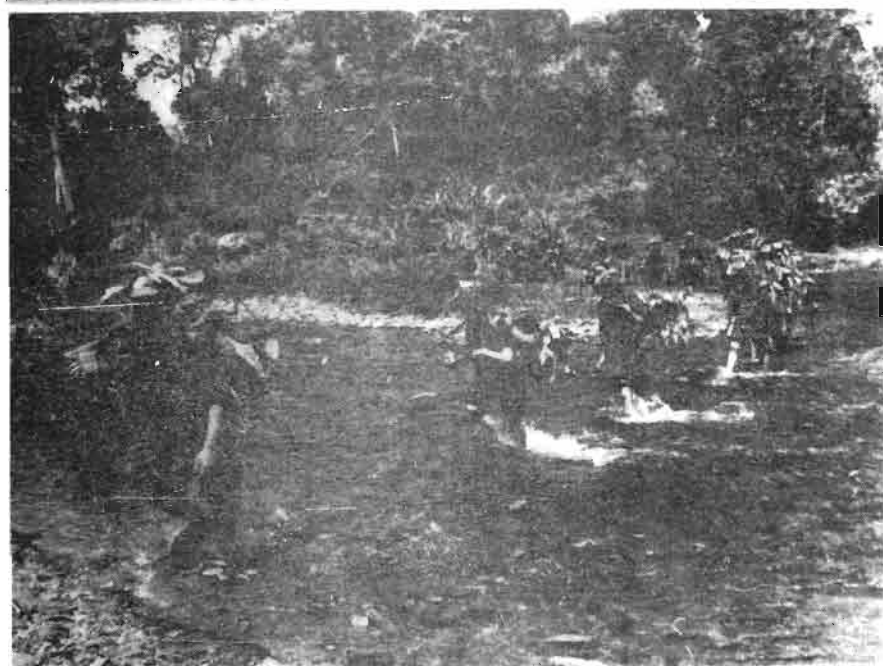
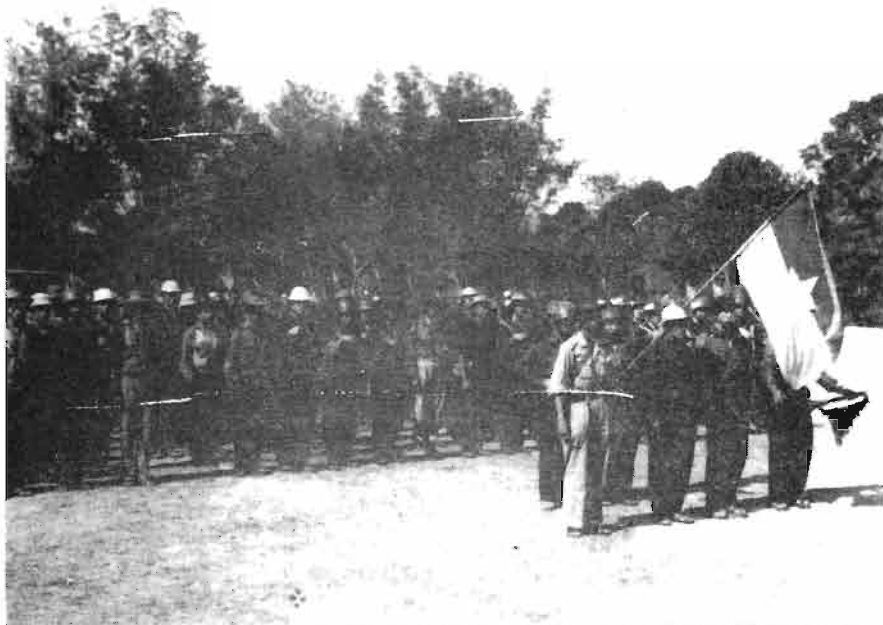
Diese Pläne betreffen die 415 bis 450 Tragflächenmaschinen für Offensivoperationen, über die die USA gegenwärtig in Indochina oder eher in den angrenzenden Ländern verfügen. Es handelt sich um die neuesten und kampfstärksten Maschinen, die je eingesetzt waren, einschließlich 45 Maschinen B-52, die wenigstens 3000 Tonnen Bomben täglich werfen können, das heißt, mehr als 1 Million Tonnen im Jahr. Diese Tatsache, und nicht die 750 älteren Maschinen geringerer Kampfkraft, die entweder an Saigon übergeben oder überhaupt zurückgezogen wurden, zeigt die wahre Strategie Nixons. Immer wieder hatte Washington erklärt, es werde diese Maschinen im Luftkrieg einsetzen, wo und wann es wolle, und sie würden nicht abgezogen werden. Selbst Rogers hatte das erst am 23. Dezember gesagt, und Seamans, der Luftwaffenсекретär, hat es am 17. Jänner wiederholt³.

Vor kurzer Zeit wurden zu den zwei vorhandenen noch zwei neue Trägerschiffe in den Golf von Tonking entsandt, auch die Zahl der B-52 Bomber wurde erhöht.

In Hanoi sind sie bereit. Die Bombenschutzräume werden gereinigt, es gibt mehr Flak, mehr Flugabwehraketen des Typs SAM, mehr Radar und mehr MIG-Jäger.

Entlang der neu ausgebauten Straßen wurden Vorräte von Pflastersteinen angelegt. An den reparierten Bahnlinien liegen Stöße von Schwellen und Schienen. Sie wissen, viel von ihrem Aufbauwerk kann vernichtet werden, aber dann werden sie es ebenso wieder aufbauen wie nach 1954 und 1968, und in

Fortsetzung auf Seite 8



der Zwischenzeit schaffen sie ihrem Volk ein besseres Leben und führen den Krieg weiter.

Hoang Tung sagte: "Wir haben vier US-Präsidenten überlebt, wir können auch noch einen fünften überdauern. Wir waren stark genug, den Krieg durch Nixons ganze Amtszeit zu führen. Wenn er wiedergewählt wird, sind wir stark genug, auch seine zweite Amtszeit zu überstehen."

Militärisch gesehen, waren sie und ihre Verbündeten wahrscheinlich nie so stark wie jetzt. Im Norden und im Süden von Laos haben sie mehr Boden gewonnen als je zuvor - und zu einem früheren Zeitpunkt der Trockenzeit als in anderen Jahren.

WIEDERSEHEN MIT HANOI

Seit meinem Besuch vor zwei Jahren hat Hanoi sich gründlich verändert. Immer noch gibt es hier die breiten, von Baumreihen eingefassten Straßen, die graziösen Häuser im französischen Kolonialstil, die Seen und die Parks. Draußen am Westsee bereiten sich die Genossenschaften der Blumengärtner auf das Neujahrsfest im Mondjahr, das Tet vor, das Mitte Februar begangen wird. In den Beeten leuchten Gladio-

len, Antirrhinum, Nasturdium, Columbinen, Dahlien und Chrysanthemen, und die Pfirsichbäume setzen die ersten Blüten an.

Auf den Straßen gibt es überraschend viele Lastautos - im Gegensatz zu den Behauptungen der Amerikaner, sie hätten auf dem Ho-Tschi-Min-Pfad mehr Wagen zerstört, als Nordvietnam überhaupt besaß. Die meisten werden auf dem "Pfad" nicht gebraucht, sind aber für Alltagsarbeit und Lieferwagen der Landwirtschaft eingesetzt.

Man sieht hunderte sowjetische, chinesische und osteuropäische LKW, Jeeps, Tank- und Lieferwagen mit kleinen Kränen. Die Hauptstraßen wurden und werden repariert, verbreitert und geteert, Dampfwalzen und Planierraupen sind am Werk.

Natürlich ist immer noch die vietnamesische Art des Lastentransportes zu sehen, zwei Körbe an einem Bambusstab, auf der Schulter getragen. Aber in den zwei Jahren seit meinem letzten Besuch wurden viele Schultern "befreit". Es gibt noch andere Anzeichen der Modernisierung: MIG-Jäger rasen über den Himmel, zwischen Hanoi und den Hauptstädten der Provinzen und Bezirke fliegen Verkehrsmaschinen, so nach Diên Biên Phu. Man sieht einige Hubschrauber, die im letzten Herbst die Überschwemmungsgebiete versorgt hatten.

Am Roten Fluß werden überall die Dämme höher gebaut und verstärkt, in Hanoi und auf dem flachen Land. Früher überflutetes Land wird wieder bebaut, es gibt keine Anzeichen von Massenverwüstung, wie einige US-Blätter berichtet hatten. Es wird auch mehr Strom erzeugt, und viele Häuser in Städten wie Hanoi und Thai Nguyen sind jetzt an das Netz angeschlossen.

Weil so wenig Journalisten nach Hanoi fahren, und weil sie oft Schwierigkeiten haben, daß ihre vietnamfreundlichen Berichte auch gedruckt werden, muß besonders betont werden, wie normal und stabil das Leben in Hanoi ist - trotz 26 Jahren Krieg. Diese Menschen haben - wie Thomas Hardys Söldner - "den Himmel vor dem Sturz bewahrt", nicht um "Sold", sondern weil die ganze Nation in ihrem Unabhängigkeitskampf tief engagiert ist.

Die Vietnamesen haben dies getan und haben gleichzeitig eine Feudalgesellschaft sozialisiert und modernisiert, ohne daß eine brutalisierte Führung das Volk entmündigt hätte.



ANMERKUNGEN :

⁴Nach: Budgetkommission des US-Kongresses, Hearings für Militärausgaben 1972, Zahl 92/1, Band IV, S. 1267-68

⁴A. a. O., Band V., S 1214.

⁵International Herald Tribune vom 24. Dezember 1971 sowie vom 14., 15. und 18. Januar 1972; New York Times vom 20. Dezember 1971.



Unter diesem Motto veranstaltete die FÖJ-Bewegung für Sozialismus am 1. Mai beim Riesenrad eine Informations- und Aufklärungsaktion. Mit einer satirischen Fernsehsendung in Form eines Straßentheaters, sollte die Manipulation des ORF, speziell in der Frage Vietnam aufgezeigt werden. Die Widersprüchlichkeit dieser Aktion am 1. Mai war uns natürlich bewusst, denn der Verzicht, eine Demonstration durchzuführen, die dem Kampfcharakter des 1. Mai eher entspräche, fiel vielen von uns nicht leicht. Dennoch gingen wir davon aus, daß es nicht darum gehe, als Anhängsel der SPÖ oder KPÖ an einem Maiumzug teilzunehmen, der in erster Linie das "revolutionäre" Fußjucken der Beteiligten befriedigt, sondern darum, in welcher Form man, in Einschätzung der eigenen Kraft, auf die internationale Bedeutung des 1. Mai hinweisen kann.

Unsere Aktion beim Riesenrad bot die Gelegenheit, hunderte Arbeiter und Angestellte mit unseren Überlegungen zu konfrontieren und einige dazu zu bringen, nachzudenken. Dies hat die Richtigkeit unsrer Aktion bestätigt.



BERUFSTÄTIGKEIT DER FRAU

IM BEZUG
AUF DIE GLEICHBERECHTIGUNG

Wenn man von der materialistischen Auffassung von Marx, Engels und Lenin ausgeht, ist die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens, d.h. die Erzeugung von Lebensmitteln, Kleidung, Wohnung und den dazu erforderlichen Werkzeugen, sowie die Erzeugung von Menschen selbst das bestimmende Moment in der Geschichte. Daraus ist zu schließen, daß nur, wer in beiden Bereichen verankert ist, Einfluß auf das geschichtliche Geschehen hat. Denn die Entwicklungsstufe der Arbeit und der Familie bedingt die gesellschaftlichen Einrichtungen, unter denen die Menschen leben.

Im Kapitalismus ist Lohnarbeit die gesellschaftliche Form der Arbeit. Die Lohnarbeit ist also für die Frauen die Voraussetzung für ihre mit den Männern gleichberechtigte Teilnahme am Klassenkampf. Daher ist die Beteiligung der Frauen am Produktionsprozeß eine Voraussetzung für die Erreichung ihrer Gleichberechtigung. Die Berufstätigkeit befreit sie von der ökonomischen Abhängigkeit vom Mann und ermöglicht ihr die gesellschaftlich übliche Schaffung von Tauschwert, d.h. die Tätigkeit der Frauen wird in die Wertbemessung der Gesellschaft einbezogen.

Aber im Kapitalismus, und besonders in Österreich, ist Berufstätigkeit allein kein Mittel zur Erlangung von Bewußtsein und Selbstbewußtsein:

die meisten Frauen sind nämlich durch ihre Erziehung und nicht berufsorientierte Bildung und Ausbildung, durch die Belastung mit der Verantwortung für die Familie sowie durch die Meinung, nur mitzuverdienen, kaum in der Lage, in anderen als unqualifizierten Berufen mit geringen Aufstiegschancen und geringem Lohn tätig zu sein. Daher sind sie schon von vornherein gehemmt, für sich selbst einzutreten.

WENN ERSTMAL DIE KLASSENGESELLSCHAFT
ABGESCHAFFT IST, WIRD AUCH
DIE FRAU FREI SEIN!



GELL, SCHNUPPI,
DAS GLAUBST DU
DOCH AUCH!



Die vom österreichischen Gewerkschaftsbund vertretene Sozialpartnerschaftsideologie, die Klassenkämpfe z. B. in Form von Streiks als veraltet darstellt und behauptet, daß Unternehmer und Arbeiterschaft in einem Boot säßen und daher gleichermaßen am Funktionieren der Wirtschaft interessiert seien und sich entgegenkommen müßten, wirkt lähmend auf die österreichische Arbeiterschaft. Durch Verhandlungen in den höchsten Gremien wird der Eindruck vermittelt, daß Verbesserungen ganz leicht erreichbar seien und nichts dafür getan werden müsse. Die SPÖ-Regierung, in der führende Gewerkschafter sitzen, verstärkt diesen Eindruck noch. Dadurch werden die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit verschleiert und es wird verhindert, daß die Arbeiterklasse ihre Interessen erkennt.

Die Wirkung der Politik der Sozialpartnerschaft auf die berufstätigen Frauen ist besonders schädlich, da sie - wenn überhaupt - nur schwer auf die Idee kommen, für ihre eigenen Interessen kämpfen zu müssen.

Das Interesse der Wirtschaft, noch mehr Frauen als bisher (derzeit sind 36,9 % der Berufstätigen in Österreich Frauen) in die Produktion einzubeziehen, führt zwar zur Notwendigkeit, das Leitbild der Frau in der Gesellschaft zu ändern und den Beruf nicht mehr als der Rolle der Frau entgegengesetzt zu betrachten, schafft aber für die einzelne Frau Konflikte, die sie nicht lösen kann. Sie deutet dies dann als eigenes Versagen, statt als Versagen der kapitalistischen Gesellschaft. Die Unkenntnis und Unorganisiertheit (z. B. sind nur 47,5 % der berufstätigen Österreicherinnen gewerkschaftlich organisiert, außerdem ist die Tendenz rückläufig) führt zur Unterordnung der Frauen im Berufsleben, zur Passivität, und ergibt gut ausbeutbare, angepaßte Arbeitskräfte.

Die Doppelbelastung durch Beruf und Familie bringt den Unternehmern noch weitere Vorteile, in der vom ÖGB propagierte Scheinlösungen, wie z. B. die Teilzeitarbeit, als Entgegenkommen akzeptiert werden. Es wird dabei übersehen, daß die beruflichen Benachteiligungen nicht abgeschafft, sondern vielmehr verschärft werden, und alles darangesetzt wird, die sogenannten weiblichen Züge zu konservieren und die berufstätigen Frauen als industrielle Reservearmee zu verwenden. So werden weiter in vielen Berufssparten, wo die Männer abwandern, weil keine Aufstiegschancen bestehen und die Arbeiten von Maschinen erledigt werden könnten, Frauen eingesetzt, weil sie billiger sind und später problemlos durch Maschinen ersetzt werden können. Bezeichnend ist auch, daß in anderen Berufen, in die Frauen eindringen, die Löhne und Gehälter automatisch zurückfallen und das Sozialprestige dieser Berufe sinkt. Die Gesellschaft erspart sich auch weiterhin, Einrichtungen zu schaffen, die den Einzelhaushalt entlasten und die Erziehung der Kinder übernehmen.

Die Familie und die Funktion der Frau in dieser ist ein Hauptgrund der Behinderung sogar der interessierten Frauen, sich zumindest gewerkschaftlich aktiv zu betätigen. Selbst in Betrieben mit überwiegender Frauenbelegschaft rekrutieren sich die Betriebsräte und Betriebsratsobmänner meist aus der geringen Männerbelegschaft. In den höheren und höchsten Gewerkschaftsgremien, auch der Fachgruppen mit überwiegendem Frauenanteil, findet man

bei uns keine Frauen. Das liegt vor allem daran, daß die Frauen durch die Familienstruktur kaum Möglichkeiten haben, sich nach Arbeitsschluß weiterzubilden, an Sitzungen teilzunehmen oder sonstige Tätigkeiten in dieser Richtung auszuführen. Hierzu ein Beispiel: in einer Versicherung in Wien mit einer Frauenbeschäftigung von mehr als 50 % sind bei den Vertrauensleuten wohl gleichviel Frauen wie Männer zu finden, im Betriebsrat aber unter 14 Betriebsräten nur eine Frau. Dazu ist zu sagen, daß in dieser Firma die Vertrauensleute-Sitzungen während der Arbeitszeit und sehr sporadisch durchgeführt werden, die Betriebsratstätigkeit aber auch Zeit nach der Arbeitszeit erfordert.

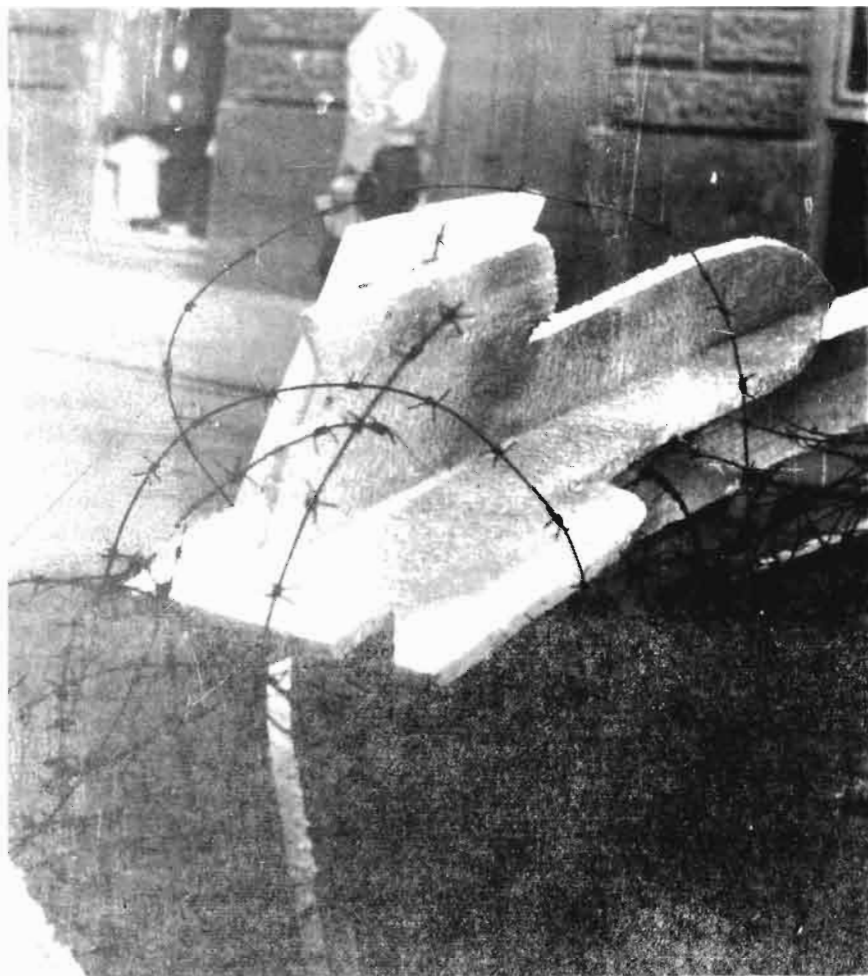
Die traditionelle Art der Familie setzt eine Schranke, die die allgemeine Entwicklung der Frauen von vornherein verhindert. Sie führt zur Auflösung der Arbeiterschaft in kleinste Einheiten, fördert kurzsichtige Privatinteressen und hemmt unter anderem die Entstehung von Solidarität, die Voraussetzung für den Klassenkampf. Es scheint uns daher naheliegend, die Diskussion über kollektivere Formen des menschlichen Zusammenlebens und ihren Zusammenhang mit der Organisierung der Gesellschaft in der internationalen Arbeiterbewegung zu verstärken. Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, daß wir die notwendige Behandlung von Sexualunterdrückung und Kindererziehung in der traditionellen Familie aus Zeitgründen hier ausklammern müssen.

In der gegenwärtigen Situation in Österreich ist es also fürs erste notwendig, Reformen einzuleiten, die es der Frau überhaupt erst ermöglichen, als dem Mann sozial gleichgestellte Partnerin aufzutreten. Es muß daher die Einrichtung von Kindergärten, Ganztagschulen, Einrichtungen zur rationalen Durchführung von Haushaltstätigkeiten, gleicher Lehrplan für Buben und Mädchen, Berufsförderung speziell für Frauen, Berufsberatung im Interesse der Arbeitenden, weitere Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit, bezahlter Bildungsurlaub für alle und ähnliches gefordert und durchgesetzt werden. Der Österreichische Gewerkschaftsbund hätte hier ein reiches Betätigungsfeld. Darüber hinaus wäre es seine Aufgabe, das Bewußtsein der Arbeiterklasse zu entwickeln.

Solche Reformen sind aber nur Schritte zur Gleichstellung der Arbeitskraft der Frauen mit der der Männer im Kapitalismus, müssen jedoch im Hinblick auf die Entfaltung des Klassenkampfes gesehen werden.



Boykottiert
die
US-Aggressoren
in
der
ganzen
Welt!



Unter diesem Motto stand die Aktion der FÖJ am Donnerstag, den 11. Mai 1972 in der Boltzmanngasse bei der US-Botschaft in Wien. An diesem Tag wurden die US-Minen in nordvietnamesischen Gewässern scharf.

50 Aktivisten der FÖJ haben die Einbahnstraße, die an der US-Botschaft vorbeiführt, bei der Alserbachstraße für den Verkehr gesperrt. Neben einem regelrechten Stacheldrahtverhau wurden Parolen quer über die Straße gestellt. Hinter der Straßensperre stand eine dichte Reihe von FÖJ-Aktivisten, um die anstürmende Polizei aufzuhalten. Drei Aktivisten wurden vorübergehend festgenommen, denen Verstoß gegen den § 81, Widerstand gegen die Staatsgewalt, zur Last gelegt werden soll. Zwei Polizeibeamte klagten nämlich nach der Aktion in der Wachstube über angebliche Kopfschmerzen und Gehirnerschütterung...

ORGANISATIONSFRAGEN

Anknüpfend an das von Hans Margulies gehaltene Protokoll Nr. 8 der Sommerakademie 1970 der FÖJ wurde die Organisationsfrage neu gestellt. Hier einige Überlegungen und anschließend die Beschlüsse zu dieser Frage.

Mit der Fertigstellung der Grundsätze der Politik der FÖJ in absehbarer Zeit wird sich notwendigerweise die Frage der Organisierung und Durchführung eines repräsentativen Bundeskongresses ergeben, in dessen Rahmen die endgültige Fassung der Grundsätze unserer Politik ausdiskutiert und beschlossen werden soll. Der Bundeskongress wäre aber ein Schlag in Wasser, wenn er neben seiner Funktion, unsere Organisation politisch zu profilieren, nicht gleichzeitig einen neuen organisatorischen Ausgangspunkt markieren würde.

In der Praxis bedeutet das, daß wir in den kommenden Monaten, vor allem in der Sommerzeit (z. B. als Programm der heurigen Sommerakademie), uns auf eine breite, aber gründliche Diskussion über theoretische Fragen konzentrieren müssen, unter Berücksichtigung der wichtigsten Texte der revolutionären Arbeiterbewegung bezüglich Fragen der Organisation und der politischen Bewegung. Diese Diskussion wird aber nur dann sinnvoll und zielführend sein können, wenn wir gleichzeitig erste praktische Schritte zur organisatorischen Strukturierung unternehmen: Bestandsaufnahme über unsere Kader, Aktivisten, Leser- und Unterstützungskreise, Festlegung der Kriterien der Mitgliedschaft und der formalen Instanzen innerorganisatorischer Demokratie.

Im Augenblick richten sich die nachfolgenden Vorschläge allerdings nur an die Wiener Organisation der FÖJ - Bewegung für Sozialismus - was nichts anderes heißen soll, als daß sich die Bundesländergruppen dazu äußern sollen und müssen.

PARTEI ODER JUGENDORGANISATION ?

Die Entwicklung der letzten drei Jahre: das Fehlen einer revolutionären Partei, die "Alterung" unserer Kader und nicht zuletzt die Politisierung der Organisation, zwingt uns erneut, die Frage nach Partei oder Jugendorganisation zu stellen.

Wir sind und können heute weder das eine noch das andere sein! Warum? Um die Funktion einer neuen revolutionären Partei im marxistischen Sinne zu übernehmen, fehlen uns

- a) eine stärkere Basis in den Betrieben und Produktionsstätten,

- b) die Mitarbeit der älteren Generation,
- c) die eigene Qualifikation.

Außerdem (und das in erster Linie), sind wir der Überzeugung, daß es auf Grund der tiefen Krise in der revolutionären Arbeiterbewegung und der heute in Österreich vor-

herrschenden Bedingungen zur Zeit nicht möglich ist, eine Partei ins Leben zu rufen, die auch imstande wäre, eine verbindliche revolutionäre Strategie zu entwickeln und diese in die Tat umzusetzen.

Sowohl im Kapitalismus als auch in der ersten Etappe der sozialistischen Gesellschaft ist es notwendig, zwischenmenschliche Beziehungen in der Art zu regeln, daß eine bestimmte Schicht von Menschen organisiert. Ziel des Kommunismus ist, den Menschen zu entwickeln, der auf Grund der materiellen Bedingungen und einer neuen Moral dieser Anleitung nicht bedarf. Es ist hier nicht unsere Aufgabe, zu untersuchen, inwieweit dieser Gedanke realisierbar ist. Es geht hier nur darum, zu zeigen, daß aus der Tätigkeit der Organisation diese Tendenz ersichtlich sein muß. Das Versagen der politischen Organisationen zeigt sich nämlich besonders darin, daß sie nicht imstande waren, die Macht, die ihnen delegiert wurde, im Interesse der Mehrheit zu verwalten, sondern daß sie diese Macht mißbrauchten. Daher ist es verständlich, daß die Unzufriedenheit mit der herrschenden Gesellschaftsordnung sich unter anderem in der Organisationsfeindlichkeit der Unzufriedenheit zeigt.

Wir stehen aber vor dem Problem, daß die bisherige Praxis uns gezeigt hat, daß das individuelle Vorgehen des einzelnen zwar ehrenwert, aber nicht ausreichend ist, um gesellschaftsverändernd zu wirken. Wir haben gesehen und erfahren, daß durch die Spontaneität der Massen zwar große Revolten möglich waren, aber Revolutionen nur durch die organisierte und zielbewußte Leitung dieser Massen durchgeführt wurden. Hier wurde Rosa Luxemburg unrecht getan, als man ihr die "Verherrlichung der Spontaneität" vorwarf. Aus ihren Arbeiten wird ersichtlich, daß sie lediglich die Gefahr der Verbürokratisierung und der Entfremdung der Partei von den Massen erkannte und zeigte, daß ohne die spontanen Massenbewegungen die Änderung der bestehenden Gesellschaft unmöglich sei. Sie schreibt "Der Marxismus enthält zwei wesentliche Elemente, das Element der Kritik, der Analyse, und das Element des tätigen Willens der Arbeiterklasse als revolutionären Faktor. Und wer nur die Kritik und Analyse in die Tat umsetzt, vertritt nicht den Marxismus, sondern nur eine Parodie dieser Lehre (Ausgew. Reden und Schriften II Bd. S 297).

Welche Gesichtspunkte scheinen also bei der Entwicklung eines Organisationsmodells von Bedeutung? (Die Betonung liegt dabei auf Modell: die Erfahrung zeigt, daß die endgültige Verwirklichung des Modells nicht unbedingt mit den ursprünglichen Vorstellungen identisch sein muß).

Die folgende punktmäßige Aufstellung enthält keine Wertung, sondern soll es erleichtern, jeden einzelnen Komplex soweit wie möglich für sich zu behandeln. Beim Aufbau einer marxistischen Organisation scheinen folgende Punkte unbedingt notwendig:

- a) Die gesellschaftliche Situation, bzw. ihre jeweilige organisatorische Ausdrucksform muß bei der Entwicklung in der eigenen Organisation berücksichtigt werden.
- b) Die Anzahl und die Qualität der in der Organisation erfaßten Menschen muß beim Aufbau des Organisationsmechanismus verarbeitet werden.
- c) Die politischen Zielvorstellungen und die daraus resultierenden Aufgaben müssen unmittelbar auf die Struktur einwirken, das heißt, maximale Demokratie und Information müssen verwirklicht werden.
- d) Die Beweglichkeit der Organisation und das unmittelbare Reagieren auf spontane Ereignisse müssen gewährleistet sein. (Flexibilität und Kontinuität).
- e) Die Organisation muß immer als Instrument zur Erreichung des Zieles verstanden werden.
- f) Die Organisation muß sicherstellen, daß sich ihre Tätigkeit in erster Linie nach außen auswirkt und sich nicht in innerorganisatorischer Aktivität erschöpft.

Eine der wichtigsten Erkenntnisse des Marxismus besteht darin, daß die menschliche Gesellschaft sich fortlaufend in Bewegung und Veränderung befindet. Die Veränderungen, die seit Marx und Lenin eingetreten sind, sind im wesentlichen Ergebnis der Aktivität und des Kampfes der von den Marxisten entwickelten und organisierten Arbeiterbewegung. Diese Veränderung stellen uns daher auch vor neue Probleme.

Auf zwei Probleme sei hingewiesen: Den Generationskonflikt und die Autoritätskrise, die heute immer stärker sichtbar werden und sich unmittelbar auf den Mechanismus der Organisation auswirken. Auf Grund dieser Erscheinungen müssen wir in der Organisation ein neues Verhältnis in innerorganisatorischen Beziehungen entwickeln. Gramsci weist in seiner Arbeit "Elemente der Politik" auf den verhängnisvollen Fehler von Revolutionären hin, die meinen, daß die in der Klassengesellschaft vorherrschende Teilung zwischen Regierenden und Regierten spurlos an der Arbeiterbewegung vorbeigehe. Er zeigt, daß es auf Grund dieser Gesellschaftsformation auch in der Arbeiterorganisation diese Teilung zwischen Leitern und Geleiteten gibt.

Wir verlangen nicht, daß sich die Parteiführungen sofort auflösen. Wir sehen jedoch den Prozeß, daß diese Führungen nicht selbst Wege beschreiten, ihre Machtstellung systematisch abzubauen, sondern daß sie alles daransetzen, sie zu zementieren, während ihre Hauptfunktion darin bestünde, die gesellschaftlichen Voraussetzungen für einen Zustand zu entwickeln, der sie selbst überflüssig macht. Ständige innerorganisatorische Erneuerung ist eine Grundbedingung dafür. Zur gleichen Zeit muß sich eine politische Partei (hier als Organisation verstanden) im Kapitalismus aus drei Elementen zusammensetzen. Aus

- a) Jenem Teil, der gesellschaftsbedingt nicht in der Lage ist, von sich aus die gesellschaftlichen Probleme zu analysieren und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, aber jene Kraft darstellt, die durch ihre zahlenmäßige Größe und auf Grund ihrer ureigensten Interessen die gesellschaftliche Veränderung durchführen muß.
- b) Jenen Kräften, die die schöpferische Fähigkeit und, was wesentlicher erscheint, auch die Möglichkeit besitzt, die Analysen der gesellschaftlichen Situation zu erarbeiten und den Kampf so zu koordinieren, daß er möglichst effektiv wird.
- c) Schließlich jener Schichte, die das vermittelnde Glied zwischen beiden oben genannten Schichten darstellt.

Diese Punkte sind auf Grund der noch herrschenden Klassen- und Arbeitsteilung nach wie vor aktuell.

Unsere Aufgabe als Revolutionäre, die altersmäßig durchwegs der jungen Generation angehören, besteht gegenwärtig darin, mitzuhelfen, die theoretischen und praktischen Voraussetzungen für eine umfassende revolutionäre Organisation zu schaffen. Wir sind durch die eigene und die besondere österreichische Situation gezwungen, uns als revolutionäre Organisation der jungen Generation in einer Übergangsphase zu verstehen. Daraus ergeben sich sowohl die Zielgruppen als auch unsere politischen Aufgaben.

KADER- ODER MASSEORGANISATION?

Bei dieser Fragestellung geht es selbstverständlich nicht um die Quantität, sondern um den Charakter der Organisation. Auch hier läßt sich feststellen, daß eine klare Entscheidung nicht möglich ist. Die reine Kaderorganisation ist in einem unter illegalen Bedingungen erfolgenden Kampf zweifellos notwendig. Straffe Disziplin und unbedingte Aktivität jedes einzelnen sind hier Voraussetzung und Bedingung zugleich. Die Mitglieder sind bereits "fertige" politische Menschen. Auf die gegenwärtige Situation übertragen führt sie - wie alle aktuellen Beispiele zeigen - zur Herausbildung einer autoritären Elite, zum Sektierertum und zur hoffnungslosen Isolation von jenen, die man in den politischen Kampf einbeziehen will. Ebenso fehlen uns zur Massenorganisation die Voraussetzungen (in erster Linie die Massen). Sie würde aber auch nicht unseren Aufgaben gerecht werden können, denn in einer Massenorganisation ist der Prozeß der ständigen Aktivierung und Mitentscheidung des einzelnen schwer erreichbar, und es besteht die Gefahr, um die Anzahl der "Mitglieder" zu vergrößern, auf jedes politische Kriterium von vornherein zu verzichten und der Führung bzw. dem Apparat die "höhere" Politik zu überlassen.

Daraus ergibt sich für uns eine Zwischenform der Organisation: eine Organisationsstruktur, die einerseits Voraussetzungen für die Bewältigung konkreter organisatorischer und politischer Aufgaben schafft und andererseits die Weiterentwicklung des politischen Bewußtseinsprozesses und die Emanzipation des einzelnen in organisatorischen und politischen Fragen gewährleistet.

AUFBAU DER ORGANISATION

Um unseren politischen Aufgaben gerecht zu werden, müssen wir verschiedene Formen von Basisgruppen errichten:

- a) **Stabile Gebietsgruppen:** diese Gruppen fassen die Mitglieder örtlich zusammen und entwickeln ihre Tätigkeit auf allen politischen Gebieten (Schulungen, Veranstaltungen, Aktionen usw.) gemäß den in der Gesamtorganisation erarbeiteten politischen Richtlinien.
- b) **Interessen- und Arbeitsgruppen:** diese Gruppen bzw. Arbeitskreise stellen die Zusammenfassung von Genossen dar, die an einem spezifischen Problem interessiert sind und die eine enge Zusammenarbeit mit anderen Organisationen bzw. Mitgliedern dieser Organisationen ermöglichen (siehe die Arbeitskreise von "offensiv links").
- c) **Aktionsgruppen:** diese sollen von der Gesamtorganisation gebildete Gruppen darstellen, die ein konkretes aktuelles Thema behandeln und die theoretischen sowie praktischen Fragen klären, wie die damit verknüpften Aufgaben am besten zu bewältigen sind (Aktionen, Demonstrationen, Veranstaltungen usw.)

Um diesen weitgesteckten Aufgabenbereich koordinieren zu können und eine möglichst große Anzahl von Genossen zu aktivieren, wurde folgendes provisorische Organisationsmodell beschlossen:

1. **Höchstes Organ der FÖJ** ist die Vollversammlung. Sie muß in regelmäßigen Abständen, jedoch mindestens einmal im Verlauf von zwei Monaten, einberufen werden. Direkt von der Vollversammlung sollen einige Genossen gewählt werden, die gemeinsam mit Vertretern aus den Basisgruppen die Leitung bilden.
2. Die Leitung hat während der Zeit zwischen den Vollversammlungen die Verantwortung für die politischen und organisatorischen Aufgaben der Organisation zu tragen. Die Vertreter der Basisgruppen sind von den Basisgruppen her jederzeit abwählbar und austauschbar. Die auf der Vollversammlung gewählten Leitungsmitglieder können nur von dieser abgewählt werden. Sämtliche Veranstaltungen und Versammlungen der FÖJ sind prinzipiell öffentlich. Entscheidungsberechtigt sind jedoch nur Mitglieder; sollte seitens der anwesenden Mitglieder eine geschlossene Sitzung verlangt werden, so muß diesem Wunsch Rechnung getragen werden. Alle Beschlüsse und Anträge sind mit einfacher Stimmenmehrheit zu fassen.

DIE LEITUNG

Von der Vollversammlung sollen gewählt werden: Organisationssekretär, Chefredakteur der "aspekte", Finanzreferent sowie Genossen, von denen die Vollversammlung überzeugt ist, daß es auf Grund ihrer Qualifikation und ihrer kontinuierlichen Aktivität im Gesamtrahmen der Organisation politisch und organisatorisch wichtig ist, daß sie sich in der Leitung befinden. Der Vorsitzende der Organisation ist bis zum Bundeskongreß automatisch in der Leitung.

MITGLIEDSCHAFT

Mitglied unserer Organisation kann daher jeder werden, der bereit ist, unsere politischen Zielsetzungen sowohl durch aktives Engagement als auch durch einen finanziellen Beitrag voranzutreiben. Über die Mitgliedschaft entscheidet im Zweifelsfalle die Leitung direkt und mit einfacher Stimmenmehrheit. Die Entscheidung der Leitung kann von der Vollversammlung bestätigt, bzw. verworfen werden. Durch die Mitgliedschaft erwirbt jedes Mitglied das Recht, über alle die Organisation betreffenden Fakten Information zu erhalten sowie an allen grundsätzlichen politischen Beschlüssen mitzuwirken. Die derart zustandekommenen Beschlüsse verpflichten jedes Mitglied, an der Verwirklichung der gefaßten Beschlüsse mitzuwirken. Steht der einzelne im Widerspruch zu den gefaßten Beschlüssen, ist er dennoch verpflichtet, in der Aktion die Beschlüsse anzuerkennen. Jeder hat aber das Recht, seine Meinung aufrechtzuerhalten und für die Änderung der Beschlüsse einzutreten. Probleme dieser Art sind im Augenblick jedoch nicht mit Statuten zu regeln (das wird Aufgabe des Bundeskongresses sein), sondern es ist vielmehr Aufgabe der Gesamtorganisation und jedes seiner einzelnen Mitglieder, politische Probleme auch politisch zu lösen.

Sommer- und Wintersport- artikel

SÄMTLICHE SKIMONTAGEN

Sport-Heindl

WIEN VI, MOLLARDGASSE 2

TELEFON: 56 57 533

Wahlen in Italien

Stefano Garroni, derzeit keiner Organisation angehörend, machte von der KPI kommend Bekanntschaft mit einigen "Gruppen" der italienischen Linken. Er besuchte vor ca. einem Jahr Wien, kam mit der FÖJ in Kontakt und erklärte sich bereit, fallweise Artikel für die "aspekte" zu schreiben. Dieser ist sein zweiter für die "aspekte" verfaßter Artikel. Garroni vertritt in allen seinen Ausführungen ausschließlich seine eigene Meinung, die von den "aspekten" zur Diskussion gestellt ist.

Obwohl der Artikel Garronis vor den Wahlen in Italien geschrieben wurde, scheint er uns wegen seines grundsätzlichen Charakters trotz der zeitlichen Verschiebung geeignet, zum Verständnis der gegenwärtigen Situation in Italien beizutragen.



Alle italienischen Parteien - von den Faschisten des MSI bis zu den Stalinisten in der KPI - sind heute damit beschäftigt, ein einziges, und zwar das folgende Resultat zu erzielen: als die einzige politische Kraft aufzutreten, die im Stande ist, die Ordnung im Land wiederherzustellen. Der Faschist Almirante läßt "Rom, das arbeitet und Rom, das lernt" ein, den MSI zu stärken. Die Stalinisten ihrerseits antworten, indem sie den Faschismus als "Gewalt" und "Unordnung" bezeichnen und erklären, daß ein geordneter Fortschritt nur mit der Stimme für die KPI erreicht werden könne. Die Liberalen präsentieren sich als die einzige Lösung des "Knotens" der Unordnung in Italien, die Sozialdemokraten der PSU erklären, ein "freies, sauberes und geordnetes Italien" zu wünschen, die Democrazia Cristiana erbittet die Unterstützung der Wähler, um die "rote" oder "schwarze" Gewalt zu unterdrücken.

Der Wähler hat also im Grunde nichts anderes zu tun, als diesen oder jenen Weg zur Wiederaufnahme einer geordneten Produktivität zu wählen.

Wie erscheint nämlich auf den ersten Blick die ökonomische und politische Situation Italiens? Zum ersten Mal seit dem Krieg ist 1971 das Bruttonationalprodukt nicht gestiegen, während die Arbeitslosigkeit zugenommen hat! Wenn eine oder mehrere Bomben in dieser oder jener italienischen Stadt auf der Tagesordnung sind, so ist eine davon auch der Anstieg der Preise. Wenn es etwas gibt, das sich der Durchschnittsitaliener sicher nicht erwartet, so ist das eine Regierung, die irgendwelche Maßnahmen trifft, um seine Lebensbedingungen zu verbessern. Im Gegenteil: momentan kann der Durchschnittsitaliener nicht einmal mehr sagen: "Es regnet - schuld ist die Regierung"*, weil Italien augenblicklich keine offizielle Regierung besitzt. Die amtierende Regierung Andreotti ist mit dem einzigen Ziel entstanden, die Wahlen vorzubereiten: und wem gibt man also die Schuld, wenn es regnet?

Wie man sieht, eine unhaltbare Situation, aus der ein Ausweg gefunden werden muß: und daher sind alle Parteien fieberhaft damit beschäftigt, den Wähler davon zu überzeugen, daß man nur mit diesem oder jenem Mittel Ruhe, Frieden und Ordnung wiederherstellen könne.

So erscheint die Lage auf den ersten Blick. Aber was geschieht hinter den Kulissen, und wo ist das Italien der Jahre 1968/69, in dem die starken und harten Kämpfe der Arbeiter und der Studenten an der Tagesordnung waren?

Tatsache ist, daß die Politik der verschiedenen Mitte-Links-Regierungen bis jetzt Schiffbruch erlitten hat: trotz aller offiziellen Erklärungen ist nicht eine der versprochenen Reformen verwirklicht worden; die internationale Krise des Kapitalismus macht sich auch in Italien bemerkbar, wobei sie sich hier noch mit den Auswirkungen alter, spezifischer Widersprüche des nationalen Kapitalismus verbindet. Die Folgen sind an den immer schwierigeren Lebens- und Arbeitsbedingungen eines Großteils der Italiener abzulesen!

*) "Es regnet - schuld ist die Regierung" - "Piove - governo ladro" - Redewendung, die unter dem Faschismus entstanden ist!

Vor allem zwei Schwerpunkte im Programm der Mitte-Links-Regierungen sind nicht erfüllt worden:

- A) Der Versuch, aus der Arbeiterbewegung einen Garant der kapitalistischen Entwicklung zu machen; in der Arbeiterbürokratie, auf Partei- und Gewerkschaftsebene hat dieser Plan zwar im großen und ganzen eine positive Antwort im Namen des "demokratischen Fortschrittes" des Landes gefunden (natürlich unter Widersprüchen) - die Massen der Arbeiter und Studenten aber haben ihn zurückgewiesen und die Gewerkschaften gezwungen, harte Kämpfe zu bestehen, in denen es um die grundlegenden Probleme der Organisation der Arbeit im besonderen und des sozialen Lebens im allgemeinen ging.
- B) Der Wunsch des Kapitalismus, zwischen den Interessen der Großindustrie und denen des kleinen und mittleren Besitzes zu vermitteln und dadurch die gesamte Borgeoisie dazu zu bringen, für eine kapitalistische Programmation, für eine neue Einkommenspolitik, für neue Beziehungen mit den Gewerkschaften, für Rationalisierung und eine komplette Erneuerung der Organisation der Ökonomie (das heißt also für all das, was bisher nicht funktionierte), zu agieren. Daher der Produktionsstopp, die verminderte Nutzung der vorhandenen Vorräte, der Anstieg der Preise und der Arbeitslosigkeit usw.

Wenn dies alles auch den Tatsachen entspricht, so ist doch auch sicher, daß der italienische Kapitalismus nicht mehr zurück kann: heute heißt die Zukunft Europa, und zwar Europa der IO*! Das hat zur Folge, daß sich die inneren ökonomischen Strukturen verstärken und (im kapitalistischen Sinne natürlich) modernisieren müssen, um die immer intensivere Konkurrenz und die immer härtere Konfrontation mit der deutschen, französischen und englischen Industrie bestehen zu können; die inneren Gegensätze müssen irgendwie überwunden werden; das soziale Klima muß entspannt, der Protest der Arbeiter und Studenten muß ausgeschaltet werden. Dies alles muß geschehen, wenn man vermeiden will, daß Italien im Europa der IO* die Rolle des Aschenbrödels spielt. Welches sind die Folgen dieses notwendigen Verlaufes? Wenn man einen sicheren sozialen Frieden erreichen will, muß man die versprochenen Reformen durchführen (die Wohnungsreform, die Reform der ärztlichen Unterstützung, die Schulreform usw.), wenn die Gewerkschaften dazu beitragen sollen, "die Ordnung und die demokratische Entwicklung zu erhalten", müssen die Löhne erhöht, die Arbeitsbedingungen verbessert und die Arbeitslosigkeit gesenkt werden; wenn man der Gegenüberstellung mit der Ökonomie der entwickelten Länder standhalten will, muß man nicht nur große Neuerungen auf technischem Gebiet vornehmen, sondern auch zum Beispiel die Handelsorganisation rationalisieren. Mit einem Wort: man muß sich notwendigerweise der unterentwickeltesten Sektoren des Kapitalismus annehmen! Diesem Projekt aber stellen sich Hindernisse in den Weg: die "schüchterne" Politik der Regierung (die eher von Reformen spricht, als sie zu verwirklichen), die Kämpfe der Arbeiter, die die Autorität des Unternehmers am Arbeits-

*) IO: Industrieorganisation - Industriegiganten - Monopolgruppen.



platz ernstlich untergraben, die "Neue Linke", die, wenn auch unter Schwierigkeiten, weiterhin den sozialen Frieden "stört", die wachsenden Kreditschwierigkeiten, die übertriebenen Kosten der Programme für die technologischen Investitionen. All das führt zu Unruhe und Besorgnis unter dem kapitalistischen Kleinbürgertum, den kleinen Händlern, den "Männern der Ordnung", und zur Bereitschaft, denjenigen zu unterstützen, der gegen den Streikenden, den Gammeler, den "extremistischen" Studenten und den Süchtigen mit dem Schlagstock vorgeht!

Das Klima der in Mißkredit geratenen kapitalistischen Ordnung und des ununterbrochenen Protestes, den die "Extremisten" zu erhalten und zu entwickeln suchen, der Druck der Arbeiter an den Arbeitsplätzen, die beginnenden Kämpfe der Frauen, all diese Tatsachen behindern also den "Plan des Kapitals", erschweren die Beziehungen zwischen Industriellenverband und Gewerkschaften, stärken den linken Flügel innerhalb der Gewerkschaften, ja zwingen sogar die Arbeiterparteien (augenblicklich die PSI), sich einer härteren und radikaleren Sprache zu bedienen. Und daher ist die ganze Front der Unternehmer samt Presse, Polizei und Gerichten damit beschäftigt, den Mythos des extremistischen, protestierenden Süchtigen zu erzeugen, der nicht nur Gott, Vaterland und Familie verneint, sondern auch in ganz Italien umherreist und Bomben wirft! Wo fände man eine bessere Basis für eine Wiederaufnahme der faschistischen Bewegung, wenn nicht in dieser aktuellen Situation, in der die "Neue Linke" aus Gründen, auf die wir später zurückkommen werden, unleugbar eine Krise durchmacht?

Das bedeutet natürlich nicht, daß in Italien eine faschistische Gefahr bestünde! Wenn Faschismus nicht kraß verallgemeinernd als Autoritarismus der Unternehmer verstanden wird, sondern als eine spezifische ökonomische Politik, die sich auf die Niederhaltung der Löhne, auf die Verneinung jeglicher Dialektik zwischen den verschiedenen sozialen Schichten, auf die Nutzung der Technik zur absoluten Exploitation (Ausbeutung) in der Fabrik und auf die Verneinung der bürgerlichen Freiheiten gründet - wenn das Faschismus ist, dann ist er in Italien endgültig tot! Die großen Kapitalisten selbst brauchen ihn nicht mehr: sie wollen die gewerkschaftlichen Kämpfe ja nicht ausschalten - sie wollen sie nur gemeinsam mit der Gewerkschaft kontrollieren und programmieren; sie wollen weder eine Steigerung der Löhne noch eine Verbesserung der Lebensbedingungen des Proletariats verhindern - aber das alles hat mit Respekt vor dem heiligen Profitrecht des Kapitals und in den Grenzen der Steigerung der Produktivität zu geschehen; sie wollen keineswegs den Dialog mit der Arbeiterbewegung abbrechen - sie wünschen nur diejenigen Extremisten (=Studenten, Intellektuelle und Arbeiter) einzusperren und endgültig zu schlagen, die nicht für den "geordneten und demokratischen" (sprich: kapitalistischen) Fortschritt sind!

Diese Orientierung ist auf der letzten Sitzung des Unternehmensverbandes, auf der man sich "gegen" den Faschismus, aber "für" den Kampf gegen die entgegengesetzten Extremisten aussprach, offen zum Ausdruck gekommen. Die Ergebnisse? Genosse Valpreda, auf dessen Schuld nicht einmal mehr die Presse der Unternehmer bestehen, ist und

wird noch lange im Gefängnis bleiben, bevor man ihm einen "regulären" (!) Prozeß machen wird! Im Gefängnis ist jedoch auch der Faschist Rauti, den zu verhaften und desselben Verbrechens wie Valpreda anzuklagen sich die Bourgeoisie - wenn auch auf Grund der von oben genehmigten, persönlichen Initiative eines demokratischen Richters - endlich entschlossen hat! Wo findet man einen besseren Beweis der Unparteilichkeit?

Selbst die bürgerliche Presse hat, mit dem Tod des Genossen Feltrinelli konfrontiert, Artikel veröffentlicht, in denen die Leser aufgefordert wurden, nicht die Möglichkeit eines Komplottes zwischen Faschisten und Polizei auszuschließen! Aber: während prominente Mitglieder der Democrazia Cristiana im privaten erklären, daß Feltrinelli auf Wunsch des CIA und der italienischen Geheimdienste ermordet worden sei, verhaftet die Polizei so viele Genossen "Extremisten" wie nur möglich, durchsucht Privatwohnungen, beschlagnahmt Propagandamaterial und eignet sich Listen von Mitgliedern verschiedener Gruppen der "Neuen Linken" an. (Gerade in diesen Tagen wurde ein Genosse von "Lotta Continua", der sich in Haft befand, von einer Gruppe von Häftlingen - von den Gefängnisautoritäten manipuliert - lebensgefährlich zusammengeschlagen).

Unparteilichkeit also und Kampf gegen die Gewalt, "von welcher Seite auch immer sie komme"; Gleichzeitig aber auch - wie ja einleuchtet - Nutzung der Faschisten, gerade um Unordnung, Chaos und Angst und damit den Wunsch nach Frieden, Ruhe und Ordnung zu provozieren. Dazu kommt noch ein zweiter Versuch: den Institutionen ihr Prestige zurückzuerobern! Die Polizei beweist z. B., daß sie nicht nur imstande ist, den Genossen Pinelli, dessen einzige Schuld es war, Anarchist zu sein, umzubringen, (man stieß ihn aus einem Fenster der Mailänder Quästur*), sondern auch einige Faschisten einzusperren vermag: sie geht gegen Rauti und andere Banditen vor!

Wie reagiert die Linke auf diese Situation? Die traditionellen Parteien (in erster Linie die KPI) unterstützen im wesentlichen diese Operation, indem sie zwei der Hauptpunkte akzeptieren:

- A) aus dem Bedürfnis nach Wiederaufnahme der Produktivität die Verteidigung der kapitalistischen Akkumulation,
- B) die Wiederherstellung der Ordnung im Land im Kampf gegen die entgegengesetzten Extremisten.

Sicher ist die Front der Sozialdemokraten und Revisionisten nicht kompakt: auf dem letzten Kongreß der KPI korrigierte zum Beispiel Berlinguer den zu harten Ton des Angriffes, den Pajetta auf die "Neue Linke" gemacht hatte; die sozialistische Jugend der PSI versucht, einen Dialog mit den "Protestierern" zu eröffnen; der Kommunist Ingrao täuscht eine Polemik mit der PSI vor, indem er in Wirklichkeit die offizielle Linie seiner Partei kritisiert. Die wichtigsten Gegensätze aber findet man auf Gewerkschaftsebene!

*) Quästur: Polizeikommissariat.

Das Hauptthema, das heute alle Diskussionen beherrscht, ist das der Gewerkschaftseinheit! Wie bekannt, gibt es in Italien drei nationale Gewerkschaftszentralen: Die CGIL - sozialistisch-kommunistisch und, was die Mitgliederzahl betrifft, am stärksten; die CSL - katholisch mit einem äußerst lebhaften linken Flügel; die UIL - sozialdemokratischer Orientierung. (Ihnen muß man die faschistische CISNAL hinzufügen, die heute einen gewissen Aufschwung unter den Angestellten und Arbeitslosen erlebt, da sie starke Unterstützung von Seiten der Unternehmer erhält.)

Die Verträge von 1969 zeigen, daß unter den Arbeitern eine starke Kampfbereitschaft vorhanden war, die sowohl durch die Annahme einiger Losungen und Organisationsformen der "Neuen Linken", als auch in dem Wunsch, alle gewerkschaftlich organisierten Kräfte im Kampf gegen die Unternehmer zu vereinen, klar zum Ausdruck kam.

Neben dem Druck der Arbeiter ist aber auch das Interesse der Unternehmer - der stärksten kapitalistischen Gruppierung - an gewerkschaftlicher Vereinigung zu erkennen: gerade die Kämpfe von 1969 hatten erwiesen, daß die Arbeiter bereit waren, sie auch der "Gruppen" zu bedienen, um ihrem Kampf mehr Kraft zu verleihen und die bürokratischen und gemäßigten Widerstände der Gewerkschaften zu brechen. Das machte eine Kontrolle über die Situation in den Fabriken schwierig: der Unternehmer wußte nicht mehr, mit wem er zu verhandeln hatte, um die Arbeiterunruhen zu stoppen; die Gewerkschaften ihrerseits sahen, daß sich zu ihrer Linken erste Beziehungen zwischen Arbeitern und "Gauchistes"*) anbahnten, auf die zu antworten wegen der existierenden Trennung der Zentralen in nationale und kategoriebedingte nicht leicht war.

Das Bedürfnis, die Ordnung in den Fabriken wiederherzustellen und die Gewerkschaften zu stärken, um sie zu Garanten des kapitalistischen Konzepts zu machen, die Notwendigkeit, den "Extremisten", was die Arbeiter betraf, den Lebensraum zu nehmen, all das führte zum Vorschlag einer Wiedervereinigung der Gewerkschaften. (Wiedervereinigung, weil nach dem Zweiten Weltkrieg alle gewerkschaftlichen Kräfte in der CGIL organisiert waren!) Das Schlagwort der Gewerkschaftseinheit entstand so auf zweideutige Weise und voll innerer Widersprüche. Wenn die Gewerkschaftseinheit auf der einen Seite in eine Konzeption der Unternehmer und Reformisten eingliedert werden mußte, so mußte sie auf der anderen Seite die neuen Forderungen, die aus den Kämpfen der Arbeiter hervorgegangen waren und von gewissen Gewerkschaftssektoren (Metall- und Chemiearbeiter usw.) im besonderen vorangetrieben wurden (und werden), aufnehmen. Damit jedoch ging man das Risiko ein, die alten bürokratischen Gleichgewichte und die immer deutlicheren reformistischen Linien der Lohnforderungen wieder in Frage zu stellen!

Heute, am Vorabend der nächsten Erneuerung der Kollektivverträge, die für Oktober vorgesehen ist, ist die Frage der Gewerkschaftseinheit wieder an der Tagesordnung.

*) Gauchistes: Linken, Linksler.

Allerdings mit einer entscheidenden Änderung: die reformistischen und von den traditionellen Parteien abhängigen Teile der Gewerkschaften sind nunmehr überzeugt, daß die Gewerkschaftseinheit ein sehr gefährliches Instrument ist, das dazu bestimmt ist, die Kampfbereitschaft der Arbeiter nicht nur nicht zu dämpfen, sondern im Gegenteil zu stärken. Daher die schwerwiegenden Diskussionsbeiträge, die den Prozeß der Wiedervereinigung verlangsamten, wenn nicht gar gänzlich blockieren sollen. Die Besorgnis der Reformisten ist gerechtfertigt, denn in den Fabriken und sogar in den Gewerkschaften existiert heute ein neuer Typ des Aktivisten, der den Unternehmer und der kapitalistischen Organisation der Arbeit gegenüber eine unbeugsame und radikale Haltung angenommen hat. Daher, noch einmal, die wirkliche "Gefahr", daß eine Diskussion über die gemeinsame Organisation aller gewerkschaftlichen Kräfte in Wirklichkeit die Schaffung einer Kraft bedeuten könnte, die alles andere als bereit wäre, gemeinsam mit den Unternehmern und der Regierung Modalitäten der ökonomischen Entwicklung und sogar der Arbeiterkämpfe zu programmieren!

Man muß hier noch ein weiteres Element in Betracht ziehen: wenn der letzte Parteitag der KPI auch in einem Klima der bedingungslosen Annahme der politisch-reformistischen Vorschläge des Generalsekretärs Berlinguer abließ, so kommen doch gerade aus den Gewerkschaftsgruppierungen, die der KPI am nächsten stehen, oft Andeutungen und Analysen, die alles andere als einer Meinung mit der bürokratischen Eintönigkeit der offiziellen Linie der Partei sind.

Im Kreis der "Neuen Linken" stellt die Entscheidung des Manifesto, zu den nächsten Wahlen zu kandidieren, die wichtigste neue Tatsache dar. Diese Entscheidung hat zweifache Kritik nach sich gezogen. Innerhalb des Manifesto scheint vor allem Genosse Natoli der Meinung zu sein, daß die aktuelle politische Situation eine derartige Entscheidung nicht gestatte, sei es wegen der Schwäche der politischen und organisatorischen Strukturen der Gruppe, sei es, weil die "faschistische Gefahr", von bürgerlichen Parteien, Regierung und Reformisten stark ausgenützt, zu einer Art "Rattenfängerei" für die KPI führen könnte und daher die Möglichkeit einer Wahlbestätigung des Manifesto haben viele Gruppen der "Neuen Linken" in dieser Wahlentscheidung ihren Verdacht verwirklicht gesehen, daß die Gruppe Magris den Wunsch hegt, jenen Raum links der KPI einzunehmen, der nunmehr von der PSIUP, einer endgültig gescheiterten Partei, freigelassen wird. Auf diese Weise würde das Manifesto jegliche Beziehung zur Tradition der Jahre 1968/69 abbrechen und ins politische Establishment einmünden.

Andere Gruppen, vor allem die italienische Sektion der IV. Internationale - einige ihrer Mitglieder kandidieren für Il Manifesto -, meinen, ohne der Zweideutigkeit und Begrenztheit der Linie der Gruppe die Kritik ersparen zu wollen, die Initiative unterstützen zu müssen, um den Prozeß der Klärung und Einigung der revolutionären Linken zu begünstigen.

Die unterschiedlichen Positionen innerhalb der "Neuen Linken" sind kein Zufall: wenn wir auch eine genauere

Analyse auf einen anderen Zeitpunkt verschieben müssen, so muß hier doch festgestellt werden, daß für die neuen linken Formationen die aktuelle politische Situation äußerst kompliziert ist! Internationale Gründe (die sich abzeichnende neue Form der Koexistenz nicht mehr Zu-Zweit, sondern Zu-Dritt und die daraus folgende Zerstörung des Mythos China) und interne Gründe (die Schwere der ökonomischen Situation der Lage der Arbeiter) wirken sich im allgemeinen politischen Klima für die Entwicklung großer offensiver Kämpfe sicher nicht günstig aus! Die Schwierigkeit besteht für die "Gruppen" im allgemeinen. Von diesem Standpunkt aus gesehen ist es sicher kein Zufall, daß gerade die IV. Internationale und Manifesto zu einer bestimmten Einigung auf politischer Ebene gelangt sind: beide verfügen nämlich, wenn auch auf verschiedene Art, über politische Erfahrungen, die sicher nicht mer der der anderen "Gruppen" zu vergleichen sind. Das bedeutet allerdings nicht, daß diese beiden Formationen vor Fehlern und politischen Zweideutigkeiten sicher sind, vor allem deshalb nicht, weil keine der beiden in den italienischen Fabriken entscheidend vertreten ist! Außerdem ist zu bedenken, daß die Gruppe des Manifesto bis jetzt gezögert hat, sich ein präzises politisches Gesicht zu geben. (Als Beispiel seien hier die Schwankungen, was die chinesische Politik betrifft, erwähnt. Anfangs dogmatisch gepriesen, verschwand China nach den Gesprächen Mao-Nixon fast gänzlich aus den Seiten der Tageszeitung der Gruppe!)

Trotz all dem ist unleugbar, daß das Manifesto auch für viele Genossen, die noch Mitglieder der revisionistischen Gruppierungen sind, einen Anhaltspunkt darstellt. Auch die Vermutung, daß ein Teil des linken Flügels der KPI (Ingrao, Trentin) eine gewisse Wahlbestätigung des Manifesto begrüßen würde, um seiner Kritik an der aktuellen Leitung der KPI mehr Nachdruck zu verleihen, kann nicht zurückgewiesen werden!

Im großen und ganzen steht außer Zweifel, daß die Gruppe des Manifesto - wenn auch zweideutig und mit vielen Widersprüchen - die politische Funktion eines Sammelpunktes sowohl für die Aktivisten der "Neuen Linken", als auch für die Linke innerhalb der traditionellen Organisation hat! Ein Wahlgewinn des Manifesto würde daher in diesem Augenblick eine Steigerung der Glaubwürdigkeit und der politischen Kraft all derer bedeuten, die die KPI und die Revisionisten im allgemeinen von links kritisieren!

ZUR LOHNFRAGE

paul kolm

"Es ist... paradox, daß die Erde um die Sonne kreist und daß Wasser aus zwei äußerst leicht aufflammenden Gasen besteht. Wissenschaftliche Wahrheit ist immer paradox vom Standpunkt der alltäglichen Erfahrung, die nur den täuschenden Schein der Dinge wahrnimmt.", schreibt Marx in Lohn, Preis und Profit.

Es ist paradox, daß der Lohn der Preis der Arbeitskraft ist und nicht der Preis der Arbeit, daß der Arbeiter unbezahlte Arbeit leistet, die den Profit des Unternehmers ermöglicht.

"Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder anderen Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion (Erhaltung, Anm. P.K.), dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit" (Marx, Kapital I). Dieser Wert enthält allerdings ein historisches und moralisches Element, denn die menschlichen Bedürfnisse entstehen, verändern sich, wachsen mit der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, sind verschieden je nach den unterschiedlichen Bedingungen, die in den einzelnen Ländern existieren, sind also selbst historisches Produkt.

Ich habe nun nicht die Absicht, einen Abriß der marxistischen Theorie zu diesen Fragen zu geben. Nur die Erinnerung soll aufgefrischt oder das Lernen angeregt werden ("Lohn, Preis und Profit" von Marx ist ein guter Anfang), weil ohne Kenntnis dieser grundlegenden Zusammenhänge das unternehmerische Geschwätz, etwa über die Lohn-Preis-Spirale, in der aktuellen Diskussion zur Lohnbewegung nicht durchschaut und damit nicht bekämpft werden kann, die Aufklärung über die Schranken der Politik des ÖGB selbst beschränkt bleiben muß und so leicht von vielen Arbeitern als demagogisch empfunden werden kann.

In diesem Artikel sollen nur die gängigsten statistischen

Unterlagen, deren sich die "Sozialpartner" in ihren Wortgefechten an den runden Tischen diverser paritätischer Kommissionen bedienen, ein bißchen durchleuchtet werden. Diese Statistiken (Art und Weise der Erhebung der Daten, die verwendeten Begriffe usw.) wurzeln natürlich in den Anschauungen der bürgerlichen Ökonomie, sie sind also für unsere Zwecke nur bedingt verwendbar... Schauen wir uns das jetzt konkret an.

DAS VOLKSEINKOMMEN UND SEINE VERTEILUNG

Unter Volkseinkommen versteht man die Summe aller Leistungseinkommen, sowohl der unselbständig als auch der selbständig Erwerbstätigen. Bei dieser Definition fällt die grundsätzlich andere Natur der "Leistung" des Kapitalisten, nämlich das Herauspressen von Mehrwert, das Aneignen des Mehrwerts in der Form von Profit natürlich unter den Tisch. Mit den Begriffen unselbständig bzw. selbständig Erwerbstätige wird man, wir kommen darauf zurück, auch nicht weit kommen. Die "Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise", "alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten", beruhen eben auf der Erscheinungsform des Arbeitslohns, des Profits usw., "die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht". (Vergl. Marx: Kapitel I, Mew 23, S. 562)

Das Volkseinkommen stieg entsprechend dem jeweiligen Wirtschaftswachstum nominell, d.h. zu laufenden Preisen von 138.761 Mill. Schilling im Jahr 1961 auf 278.900 Mill. Schilling im Jahr 1970.

Es verteilt sich in den Jahren 1961-1970 folgendermaßen (Quelle: Wirtschaftsstatistisches Handbuch der Arbeiterkammer 1971):

Verteilung des Volkseinkommens

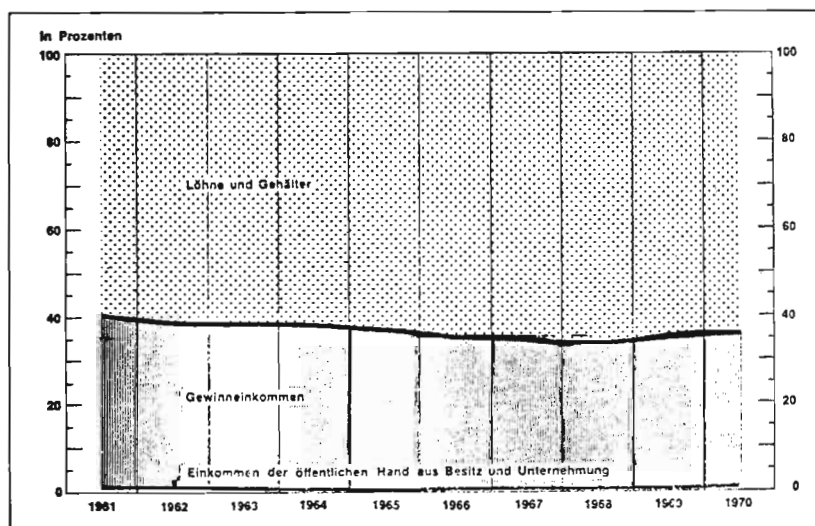


Tabelle 1

Die Lohnquote (Löhne und Gehälter) wächst von 59 % des Volkseinkommens im Jahre 1961 auf ca. 67 % im Jahr 1967, während sie 1968-1970 wieder sinkt. (1971 wächst sie wieder leicht). Der Aussagewert dieser Daten ist allerdings ziemlich beschränkt und gibt ohne Beziehung zur Erwerbs(Klassen)-Struktur kein reales Bild von der Verteilung.

DIE LOHN-EINKOMMENS(GEWINN)-RELATION

Die Zahl der unselbständig Beschäftigten ist ja in den letzten Jahren und Jahrzehnten gestiegen, die der selbstän-

dig Beschäftigten hat abgenommen bzw. stagnierte in manchen Bereichen. Dividieren wir nun den Anteil der Löhne am Volkseinkommen (Lohnquote, l) durch den Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen (Arbeitnehmerquote, a), so erhalten wir das Einkommen je Arbeitnehmer in Prozenten des durchschnittlichen Einkommens je Erwerbstätigen (Lohn-Einkommensrelation, r). In einer 1970 in der Schriftenreihe der Arbeiterkammer erschienenen Arbeit "Der Lohnanteil am österreichischen Volkseinkommen 1913-67" untersucht M. Szecsi diese Relation. Die folgende Tabelle ist dieser Schrift entnommen.

Lohnquote und Lohn-Einkommensrelation 1913 bis 1967

Jahr	l	a	$r = \frac{l}{a}$
1913	51,0	63,8	80,0
1924	57,2	64,3	89,0
1925	55,6	64,0	86,9
1926	56,3	63,8	89,0
1927	55,3	63,6	86,9
1928	56,7	63,3	89,6
1929	57,5	63,0	91,3
1930	59,3	62,9	94,3
1931	61,6	63,0	97,8
1932	60,7	63,0	96,3
1933	58,8	63,1	93,2
1934	57,0	63,2	90,2
1935	57,0	63,2	90,2
1936	56,3	63,2	89,1
1937	54,6	63,2	86,4
1950	55,3 (54,1)*	64,3	86,0 (84,1)
1951	57,9 (56,6)	64,3	90,0 (88,0)
1952	58,9 (58,0)	64,6	91,2 (89,8)
1953	60,3 (59,1)	65,1	92,6 (90,8)
1954	59,1 (57,9)	65,9	89,7
1955	58,4	66,3	87,4
1956	60,2	67,8	88,8
1957	60,2	68,6	87,8
1958	60,5	69,2	87,4
1959	61,8	69,8	88,5
1960	59,6	70,4	84,7
1961	60,8	70,8	85,9
1962	63,2	71,2	88,8
1963	63,3	71,5	88,5
1964	63,2	72,0	87,8
1965	64,7	72,6	89,1
1966	66,2	72,9	90,8
1967	67,3	73,1	92,3

Tabelle 2

Wir sehen, daß die Lohn-Einkommensrelation in engen Grenzen schwankt, langfristig betrachtet praktisch konstant geblieben ist. Den einzig wirklich dauerhaften signifikanten Sprung bringt der Zusammenbruch der Monarchie, die tiefe gesellschaftliche Erschütterung jener Zeit, in der die Bourgeoisie aus Angst vor einer möglichen Revolution zu gewissen, nicht mehr rückgängig zu machen den Zugeständnissen gezwungen wurde.

Es fehlt uns hier der Raum, um das Schwanken des r-Werts zu untersuchen, Die Jahre im 1000-jährigen Reich scheinen nicht auf. Sie bringen ein Absinken des Werts, bedingt durch die völlig Zerschlagung der Arbeiterbewegung und die kriegswirtschaftlichen Verhältnisse. Der letzte große Streik der österreichischen Arbeiter (1950 gegen den Lohn-Preis-Pakt) ist wieder ein wesentliches Moment für den deutlichen Anstieg der Relation 1951/52.

GEWINNBOOM 1968-70

Die langfristige Konstanz der Lohn-Einkommensrelation kennzeichnet die selbstgefällige Einschätzung der ÖGB-Lohnpolitik durch die Führung der Gewerkschaft bestens. Die sinkende Lohnquote 1968-70 bei steigender Zahl der unselbständig Beschäftigten und weiterem Wirtschaftswachstum läßt den r-Wert sinken, d.h. die Unternehmer erzielen in diesen Jahren überdurchschnittliche Profite. Die Kollektivvertragsabschlüsse der letzten Zeit (Textil-, Bau-, Metallarbeiter usw.) tragen dieser Tatsache jedenfalls nicht Rechnung, wenn man die gestiegene Inflationsrate (Preissteigerungen) und natürlich auch 1971 erhöhte Produktivkraft der Arbeit (Produktivität) bedenkt.

Aber schlüsseln wir zunächst die bisher verwendeten Unterlagen weiter auf.

DIE ENTWICKLUNG DES VERHÄLTNISSSES VON LOHN
UND PROFIT

Relativ konstante Lohn-Einkommensrelation (bei wachsen-
der Arbeitnehmerquote und steigender Lohnquote) bedingt

gleichzeitig, das zeigt schon eine einfache Rechnung, ein
Anwachsen des Einkommens je Selbständigen in Prozent
des Einkommens je Erwerbstätigen (s), sowie ein ständi-
ges Wachsen des Pro-Kopf-Einkommens der Selbständigen
im Vergleich zu den lohnabhängig Tätigen ($\frac{s}{r}$)!

Lohnquote, Lohn-Einkommens- und Nichtlohn-Einkommensrelation
(Durchschnittswerte 1913 bis 1967)

	l	a	$r = \frac{l}{a}$	$s = \frac{100-l}{100-a}$	$\frac{s}{r}$
1924—1923.....	56,3	63,8	88,2	120,6	136,5
1929—1933.....	59,6	63,0	94,6	109,5	115,6
1934—1937.....	56,2	63,2	89,0	119,0	133,7
1924—1937.....	57,5	63,3	90,6	117,4	129,5
1950—1954.....	58,5 (57,1)	64,8	89,9 (88,1)	118,0 (121,9)	131,4 (138,3)
1955—1958.....	59,8	68,1	87,9	120,1	136,6
1959—1963.....	61,7	70,9	87,3	131,6	150,7
1964—1967.....	65,3	72,7	90,0	127,0	141,1
1950—1967.....	61,2 (60,8)	69,1	88,8 (88,3)	125,6 (126,9)	141,4 (143,7)

Tabelle 3

(Quelle: M. Szecei, wie oben)

	I VE je Erwerbs- tätigen	II Einkommen je Arbeit- nehmer [†])	III I:II
1954=100			
1955	112	108	103,7
1956	124	119	104,2
1957	136	128	106,2
1958	141	132	106,0
1959	148	139	106,5
1960	165	150	110,0
1961	182	165	110,3
1962	193	179	107,8
1963	208	194	107,2
1964	227	212	107,1
1965	247	231	106,9
1966	266	253	105,1
1967	287	277	103,6
1968	305	295	103,4
1969	337	318	105,9
1970	376	344	109,3

Tabelle 4

[†]) Gesamtlohnsumme je Beschäftigten

Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Ein Kommentar erübrigt sich. Dabei haben wir noch gar
nicht davon geredet, wie die Lohnquote durch Manager-
gehälter und ähnliches verzerrt wird. Sie enthält übrigens
den Bruttolohn und sogar die Anteile, die der Unterneh-
mer an die Sozialversicherung abführen muß sowie alle
freiwilligen betrieblichen Sozialleistungen. Das Gejam-
mer der Unternehmer über die viel zu hohen Lohnneben-
kosten, die die niedrigen Löhne in Österreich im Vergleich
zum westlichen Ausland angeblich mehr als ausgleichen,
ist also blanker Unsinn. Sozialversicherung usw. (wir ken-

nen auch auf diesem Gebiet die Selbstgefälligkeit der
ÖGB-Führung) haben an der Lohn-Einkommensrelation
grundsätzlich nichts geändert.

ARBEITS- UND KAPITALEINKOMMEN IN INDUSTRIE
UND GEWERBE

Ich habe schon erwähnt, daß man mit den Kategorien
selbständig und unselbständig Erwerbstätige in der Analyse
nicht weit kommen kann: Bauern, kleine Handwerker, Ge-
schäftsleute (Kleinbürgertum also, abhängig vom großen

Kapital, obzwar im Besitz von Produktionsmitteln, doch häufig nur sich selbst ausbeutend), Großgrundbesitzer und Eigentümer großer Kapitalgesellschaften, alle sind "selbständig erwerbstätig". Arbeiter, Manager, Beamte, Journalisten, Verkäufer etc., alle sind "unselbständig erwerbstätig" (zu letzteren vergleiche weiter unten).

Die statistische Isolierung des industriell-gewerblichen Sektors (Gesamtwirtschaft ohne Landwirtschaft und öffentlichen Dienst, 1950: 74% der Wertschöpfung, 57% der Beschäftigten, 1967: 80% der Wertschöpfung, 69% der Beschäftigten) gibt uns schon ein besseres Bild der (schlechteren) Verhältnisse.

IG-Sektor: Arbeits- und Kapitaleinkommen
1950 bis 1967

	l_i	a_i	$r_i = \frac{l_i}{a_i}$	$100 - r_i$
1950	58,3 (56,7)	82,2	70,0 (68,9)	29,1 (31,1)
1951	60,6 (58,8)	82,9	73,1 (70,9)	26,9 (29,1)
1952	61,3 (60,0)	82,1	74,7 (73,1)	25,3 (26,9)
1953	62,5 (60,9)	81,9	76,3 (74,5)	23,7 (25,5)
1954	62,3 (60,6)	82,5	75,5 (73,4)	24,5 (26,6)
1955	60,5	83,3	72,6	27,4
1956	61,0	83,8	72,8	27,2
1957	60,5	84,0	72,0	28,0
1958	60,3	84,2	71,6	28,4
1959	61,1	84,5	72,3	27,7
1960	59,1	84,7	69,7	30,3
1961	61,1	85,0	71,9	28,1
1962	63,4	85,1	74,5	25,5
1963	63,0	85,1	74,0	26,0
1964	63,8	85,4	74,7	25,3
1965	64,1	85,7	74,8	25,2
1966	65,1	85,6	76,0	24,0
1967	66,4	85,5	77,6	22,4

Tabelle 5

Anmerkungen: r_i = Arbeitseinkommen, $100 - r_i$ = Kapitaleinkommen in Prozent der sektoriellen Wertschöpfung.

IG-Sektor: Arbeits- und Kapitaleinkommen

	l_i	a_i	$r_i = \frac{l_i}{a_i}$	$100 - r_i$	$s_i = \frac{100 - l_i}{100 - a_i}$	$\frac{s_i}{r_i}$
1950—1954	61,6 (59,4)	82,3	74,4 (72,2)	25,6 (27,8)	220,3 (229,4)	294,0 (317,7)
1955—1958	60,6	83,8	72,3	27,7	243,2	336,3
1959—1963	61,6	84,9	72,6	27,4	254,3	350,3
1964—1967	64,9	85,6	75,8	24,2	243,7	321,5
1955—1960	60,4	84,1	71,8	28,2	249,0	346,8
1961—1965	63,1	85,3	74,0	26,0	250,0	337,8
1950—1967	61,9 (61,5)	84,1	73,6 (73,1)	26,4 (26,9)	239,6 (242,1)	325,5 (331,2)

Tabelle 6

(Quelle: M. Szecsi, wie oben)

Lohn und Einkommensrelation (Einkommen je Arbeitnehmer in Prozent des durchschnittlichen Einkommens je Erwerbstätiger, r_i niedriger als in der Gesamtwirtschaft; die die Situation des Unternehmers charakterisierenden Werte natürlich entsprechend höher; die Relation des Kapitaleinkommens je Selbständiger zum Einkommen je Arbeitnehmer beträgt mehr als das Dreifache.

REALEINKOMMEN UND AUSBEUTUNG

Das in den letzten Jahren immer wieder auch in Rezessionsphasen der kapitalistischen Wirtschaft gestiegene Realeinkommen der Arbeitnehmer vermittelt die Illusion sinkenden Ausbeutungsgrades der Arbeitskraft durch das Kapital.

Nun, wie oben angedeutet, wird in der bürgerlichen Statistik innerhalb der Kategorie unselbständig Erwerbstätige nicht nach der Herkunft des Einkommens unterschieden. Produktive, mehrwertschöpfende Arbeit ist gleichgestellt unproduktiver, mehrwertrealisierender und schon vom Mehrwert bezahlter Tätigkeit. Der Grad der Ausbeutung kann aber nur in der produktiven Sphäre bestimmt werden als Ausdruck der Rate des Mehrwerts, also dem Verhältnis des Mehrwerts zum variablen Kapital (Lohn), bzw. der unbezahlten zur bezahlten Arbeit. Der erhöhte Ausbeutungsgrad scheint in der Statistik nicht auf, weil sie in immer wachsenderem Maß Löhne und Gehälter aus unproduktiven Bereichen, z. B. Verwaltung und Dienstleistungen, Handel enthält. (Um Mißverständnissen vorzu-

beugen: Die Kategorien produktive und unproduktive Arbeit sind notwendig zur Analyse der Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Verwertungsprozesses. Es ist ein Fehler, sie einseitig zur Erklärung der Herausbildung von Klassenbewußtsein heranzuziehen, ohne die Bedingungen des Arbeitsprozesses, wo vielfach eine Angleichung zu finden ist, zu beachten.)

Das Realeinkommen hinkt, über längere Zeiträume betrachtet, immer hinter der gestiegenen Produktivkraft der Arbeit nach (aus Platzmangel verzichte ich auf die einschlägigen Daten). Die bürgerliche Presse beliebt des öfteren, das Gegenteil zu behaupten, aber sie vergleicht dabei immer Produktivitätsanstieg und nominelle Lohnerhöhungen, d.h. sie läßt die Verluste durch schleichende Inflation oder durch Steuerprogression außer acht. Die Lohn-Preis-Spirale ist ein altes, aus begreiflichen Gründen zählebiges Märchen. Doch selbst bei gleichbleibender Produktivität senken höhere Löhne nur den Profit, verändern aber den Wert der Waren nicht. Diesen bestimmt die gesellschaftlich (durchschnittlich) notwendige Arbeitszeit.

Noch eines: Die Statistik weist die prozentuelle Erhöhung der Realverdienste aus, was manche Politiker und ÖGB-Funktionäre nicht hindert, die so gegebenen Zahlen in Interviews u. ä. als Reallohn-erhöhung auszugeben. Der Verdienst bezieht sich aber nicht auf das Lohnniveau, sondern entspricht der Summe der tatsächlich gezahlten Beträge, Akkordverdienste, Prämien, Überstunden; er ist also auch Resultat der gestiegenen Intensität der Arbeit.

ZUR POLITIK DES ÖGB

1957(!) verlegt der ÖGB zur Schulung der Gewerkschaftsfunktionäre die erste Broschüre zu Lohnfragen nach dem 2. Weltkrieg. In selten klassischer Form ist in dieser Schrift die Sozialpartnerschaftsideologie auf dem Gebiet der Lohntheorie formuliert. Blau bezeichnet darin das moderne Lohnsystem als Synthese unternehmerischer Vorstellungen vom Leistungslohn und der aus der Arbeiterbewegung erwachsenen Idee vom Existenzlohn (Sozialversicherung: "Existenzlohnanteil", der nicht ausbezahlt wird, aber dem jeweilig Bedürftigen zufällt), Der "gerechte Lohn" ist zwar eine relative Angelegenheit, in einem bestimmten Zeitpunkt gibt es ihn jedoch durchaus. Auf der Grundlage eines wirklich ausreichenden Existenzlohnes gibt es Leistungslohnanteile aufzubauen und das wachsende Sozialprodukt gerechter zu verteilen. (Paul Blau: "Der Lohn", ÖGB-Verlag, 1957, vgl. S. 9-11, 15, 16)

Die wahren Ergebnisse dieser Politik habe ich ansatzweise referiert. Die Rücksichtnahme und die Unterordnung der Lohnpolitik der Gewerkschaften hinsichtlich der Bedingungen der kapitalistischen Produktion und Reproduktion ist seither nicht kleiner, sondern größer geworden.

Der Bundeskongreß des ÖGB im Herbst 1971 fordert eine konjunkturgerechte Lohnpolitik. Die Lohnbewegung soll sich an der möglichen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung orientieren. Sie müsse zentral in der Hand behalten und dürfe nicht gänzlich zufälliger Entwicklung überlassen werden, "denn starke Gewerkschaften werden es nicht immer verstehen, wenn ihre Lohnbewegungen in starker Konjunktur zurückgestellt werden, obwohl sie hier

BOOK POWER



1010 WIEN

*

BRIGITTE HERRMANN

GRÜNANGERGASSE 1

52 77 06

*

HEINZ KOLISCH

LIEBIGGASSE 9

43 32 21

leicht durchzuführen waren" (Material des Arbeitskreises 1 am Bundeskongreß des ÖGB 1971, Wirtschaftspolitik).

Anfang 1972 folgt die Ankündigung Benyas, daß die Gewerkschaften für eine durchschnittlich 3%ige Reallohnsteigerung in den nächsten Jahren eintreten werden, eine Ankündigung, die in den "Finanznachrichten" zustimmend kommentiert wird.

Die Gewerkschaften verzichten also darauf, zu einem Zeitpunkt, wo es objektiv leichter ist, wo das Kapital sicheren Profit erwartet, im Konjunkturaufschwung mehr aus der Situation herauszuholen. In der Rezession geraten sie dann aber tatsächlich in die schwächere Position, wenn auch die Lohnhöhungen in der ersten Phase des Konjunkturaufschwunges noch relativ hoch erscheinen. Wenn die Auftragslage zurückgeht, die Profite schmelzen, beantwortet das Kapital Streiks um mehr Lohn mit Aussperrungen und Entlassungen (siehe BRD). Diese Vorgangsweise erspart dem Kapital zusätzliche Verluste!

Ein Ausdruck der monopolistischen Phase des Kapitalismus ist die Möglichkeit einer langfristigeren Planung der Kosten und Preise durch die großen Unternehmen. Benyas 3%-Ankündigung erleichtert in diesem Zusammenhang dem Kapital Planung und Durchsetzung seiner Interessen.

"Die Fixierung des faktischen Grads (der Maximalprofitrate) erfolgt nur durch das unaufhörliche Ringen zwischen Kapital und Arbeit..." (Marx: Lohn, Preis und Profit). In diesem Ringen setzen sich die Gesetze der kapitalistischen Produktion durch. Konsequenter Lohnkampf muß sich an diesem grundsätzlichen Erkenntnis orientieren, um den Kampf um mehr Lohn, der in "99 von 100 Fällen" ein "Nachspiel vorhergehender Veränderungen" und "das notwendige Ergebnis von vorhergehenden Veränderungen im Umfang der Produktion, der Produktionskraft der Arbeit, des Werts der Arbeit, des Werts des Geldes...", "Abwehrreaktion der Arbeit gegen die vorhergehenden Aktion des Kapitals" ist (Marx: Lohn, Preis und Profit) mit dem Kampf gegen das Lohnsystem, gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu verbinden.

Deine
Lebensversicherung
durch

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1060 Wien, Mollardgasse 13-15
Telefon: 57 35 20, 57 35 28-29

Privatadresse: 1100 Wien, Auladagasse 7/29/14
Telefon: 62 74 302

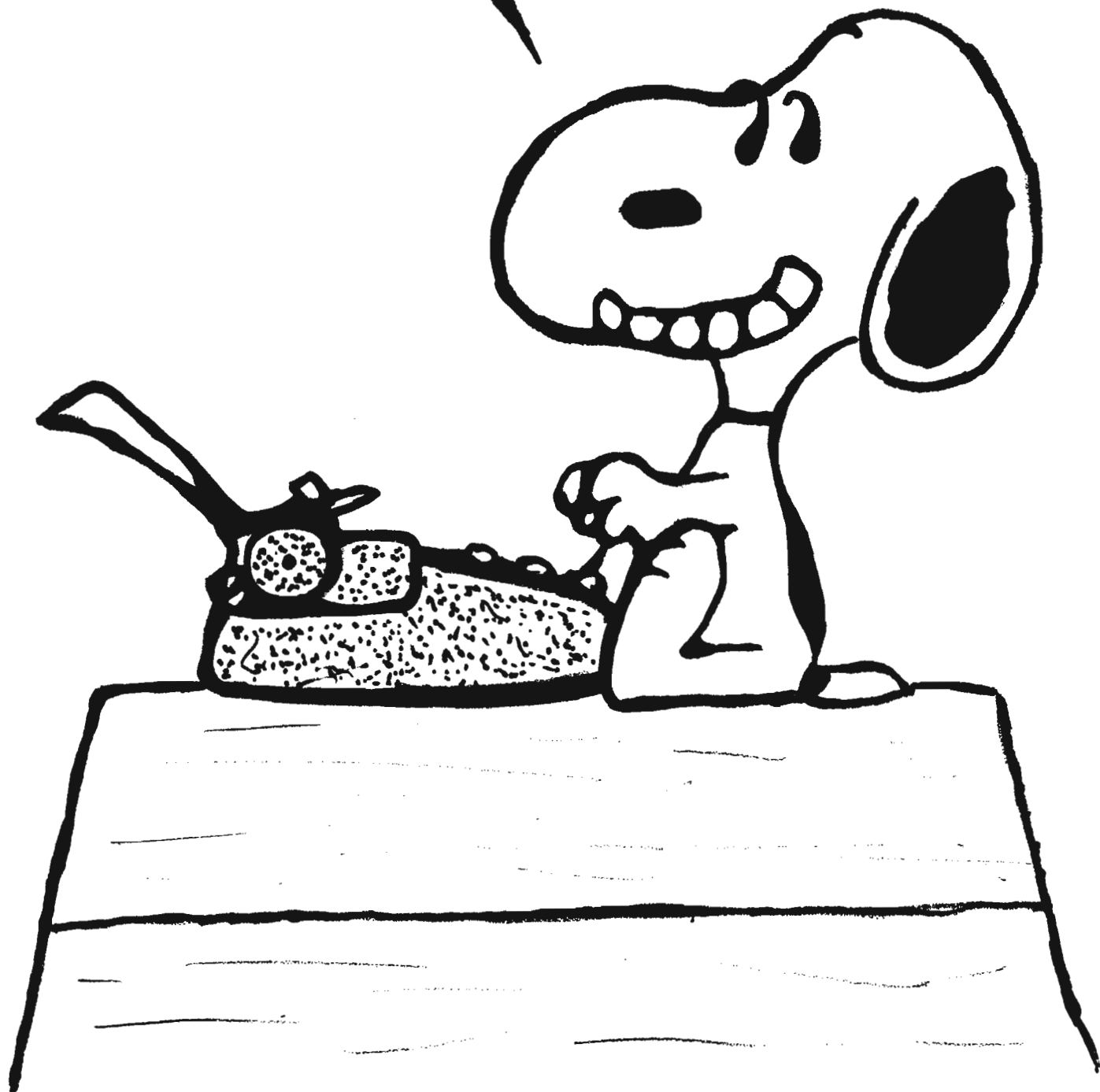
ERSCHEINUNGSORT: WIEN
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"aspekte" Diskussions- und Informationsblatt
der FÖJ - Bewegung für Sozialismus, Wien.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und
Vielfältiger: Freie Österreichische Jugend, für
den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle
1040 Wien, Belvederegasse 10/1.

Kontonummer: 2-307-435, Länderbank Wien.

WIR HABEN EINE ZEITUNG
FÜR DICH GESCHRIEBEN,
SCHREIB DEINE KRITIK
AN IHR FÜR UNS!



einführung in die marxistische wirtschaftstheorie

von felix spreitzhofer

Diese, im Selbstverlag der FÖJ erschienene, Broschüre ist die überarbeitete Fassung einer Serie von Referaten, die im Winter 1970/71 in einem Seminar der FÖJ-Bewegung für Sozialismus gehalten wurden. Bei der Vorbereitung des Seminars stützte sich der Autor vor allem auf "Das Kapital" von Karl Marx (Bd. 23 - 25 MEW) und auf "Theorie der kapitalistischen Entwicklung" von Paul Sweezy (Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main).

Unsere Einführung soll in leicht verständlicher Form grundlegende Kenntnisse über die im Kapitalismus herrschende Gesetzmäßigkeiten vermitteln. Ist doch ohne die Kenntnis der politischen Ökonomie, der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft - wie Marx es ausgedrückt hat -, politische Praxis zur Überwindung überhaupt nicht möglich. Ferner soll die vorliegende Arbeit allen jenen, die sich intensiver mit der politischen Ökonomie beschäftigen wollen, ein Behelf sein, die Schwierigkeiten, die sich dem Anfänger erfahrungsgemäß beim Studium des "Kapitals" stellen, leichter zu überwinden.

Wir behandeln zuerst die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus im allgemeinen. Diese Gesetzmäßigkeiten wurden zwar von Marx auf der Grundlage des Konkurrenzkapitalismus abgeleitet. Sie gelten aber auch weiterhin für den Kapitalismus in unserer Zeit, für den Monopolkapitalismus also. (Dies besagt aber nicht, daß Modifizierungen sowie eine Weiterentwicklung der Marxschen Theorie überhaupt entbehrlich wären.) Daran schließt sich dann eine Darstellung des Monopolkapitalismus und des Imperialismus.

Zu erhalten ist diese Broschüre in den Buchhandlungen Heinz Kolisch und Brigitte Hermann. Selbstverständlich auch im Sekretariat der FÖJ, in der Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52.